LANDTAG DES SAARLANDES
17. Wahlperiode **Drucksache 17/2444**
20.10.2026

G E S E T Z E N T W U R F

der Regierung des Saarlandes

betr.: Gesetz zur Umsetzung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur amtsangemessenen Alimentation im Saarland

A. Problem und Ziel

Mit insgesamt vier Entscheidungen hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in den Jahren 2015 und 2020 Kriterien festgelegt, anhand derer die Besoldung von Beamten, Richtern und Staatsanwälten auf ihre Vereinbarkeit mit dem grundgesetzlich verankerten Alimentationsprinzip zu überprüfen ist. Das BVerfG hat hierzu ein detailliertes Prüfungsverfahren aufgestellt, in dessen Rahmen die Besoldungsentwicklung an volkswirtschaftlich ableitbaren Größen (Entwicklung des Nominallohn- und des Verbraucherpreisindex), dem durchschnittlichen Besoldungsniveau des Bundes und der übrigen Länder und – hinsichtlich der besoldungsrechtlichen Mindestalimentation – an dem Umfang der Grundsicherungsleistungen für vergleichbare Familienkonstellationen zu beurteilen ist.

Mit seinem Beschluss vom 17. September 2025 (2 BvL 5/18 u.a.) hat das BVerfG seine Rechtsprechung (nach eigenen Aussagen) fortentwickelt. In vielen Bereichen des neuen Prüfschemas kann allerdings von einem Paradigmenwechsel gesprochen werden.

Nach der vorgenannten Entscheidung ist zunächst in einer Vorabprüfung ein Vergleich des Jahresnettoeinkommens mit dem Median-Äquivalenzeinkommen vorzunehmen. Wird bei dieser Prüfung eine Mindestbesoldung nicht erreicht, liegt alleine hierin schon ein Verstoß gegen das Alimentationsprinzip, der nur noch der Rechtfertigung durch kollidierendes Verfassungsrecht zugänglich ist.

Wird eine entsprechende Mindestbesoldung festgestellt, muss die Amtsangemessenheit anhand eines zweistufigen Prüfschemas (Fortschreibungsprüfung) beurteilt werden.

Dabei ist zunächst die Entwicklung der wirtschaftlichen Gesamtsituation anhand volkswirtschaftlich plausibler Parameter methodisch zuverlässig zu erfassen. Zusätzlich ist die Prüfung des verfassungsrechtlichen Abstandsgebots im Rahmen

Ausgegeben: 21.10.2026

eines systeminternen Besoldungsvergleichs erforderlich (erste Prüfungsstufe). Die Ergebnisse der ersten Stufe sind sodann unter Berücksichtigung weiterer alimentationsrelevanter Kriterien zu bewerten (zweite Prüfungsstufe).

Mit dem Gesetz zur Umsetzung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur amtsangemessenen Alimentation vom 7. Dezember 2022 (Amtsbl. 2023 I S. 110) wurden letztmalig die notwendigen besoldungsgesetzlichen Maßnahmen getroffen, um im Saarland ein den verfassungsrechtlichen Anforderungen genügendes Besoldungsniveau sicherzustellen.

Für die Jahre ab 2023 steht die Prüfung der Amtsangemessenheit der Alimentation nach den Vorgaben des BVerfG noch aus.

Im Vorgriff auf den ehemaligen Gesetzentwurf zur Gewährleistung der amtsangemessenen Alimentation in den Jahren 2023 bis 2025, der bereits Gegenstand eines externen Anhörungsverfahrens war und aufgrund der aktuellen Entscheidung des BVerfG im Rechtsetzungsverfahren nicht mehr fortgeführt werden konnte, wurde eine Abschlagszahlung für das Jahr 2023 bezüglich des Familienzuschlags bei drei und mehr Kindern gewährt. Die Höhe orientierte sich an den damaligen Berechnungsvorgaben des BVerfG. Aufgrund des nunmehr anzuwendenden Prüfungsschemas des BVerfG hat sich gezeigt, dass eine Überzahlung erfolgt ist, die eine Rückforderung gebietet.

B. Lösung

Mit dem beigefügten Gesetzentwurf werden die Entscheidungen des BVerfG zur Amtsangemessenheit der Alimentation und zur Alimentation von Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richtern sowie von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern mit drei und mehr Kindern umgesetzt. Der Gesetzentwurf enthält die notwendigen gesetzlichen Regelungen, um rückwirkend für die Jahre 2023 bis 2026 sowie für das Jahr 2027 eine amtsangemessene Alimentation der genannten Statusgruppen im Saarland sicherzustellen. Im Einzelnen sieht der Gesetzentwurf unter anderem folgende wesentliche Maßnahmen vor:

- Ablösung der bisherigen besoldungsrechtlichen Bezugsgröße der Allein-Verdiener-Familie zugunsten des der Lebenswirklichkeit entsprechenden Familienbildes einer Zwei-Verdiener-Familie (eine vergleichbare Umstellung der Bezugsgröße erfolgte bereits in anderen Ländern, z.B. Bayern, Brandenburg, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern).
- Pauschale Annahme eines eigenen monatlichen Nettoeinkommens der Ehegattin, des Ehegatten, der eingetragenen Lebenspartnerin oder des eingetragenen Lebenspartners der Beamtin oder des Beamten in Höhe des Faktors 0,5 des Median-Äquivalenzeinkommens.
- Gewährung eines Zuschlags in Härtefällen als Fürsorgeleistung des Dienstherrn in Fällen, in denen die Ehegattin, der Ehegatte, die eingetragene Lebenspartnerin oder der eingetragene Lebenspartner der Beamtin oder des

Beamten wegen Pflege eines nahen Angehörigen oder eigener Berufsunfähigkeit kein eigenes Einkommen erzielen kann.

- Übergangsregelung für die Jahre 2023 bis 2025 zur Geltendmachung und zum Nachweis des Anspruchs auf den Zuschlag in Härtefällen.
- Neuregelung des monatlichen Familienzuschlags für das dritte und die weiteren Kinder.

Insbesondere werden mit diesem Gesetz festgestellte Defizite durch Steigerungen in den Grundtabellen ausgeglichen. Um künftig für alle Besoldungsgruppen einen nahezu einheitlichen linearen Steigerungssatz mit einem Richtwert in Höhe von etwa 4,1 % zu erreichen, erfolgen ab dem 1. Januar 2027 weitere zusätzliche Besoldungsanpassungen.

Jahr	Besoldungsgruppen	Erhöhung
2023	A 4 bis A 8	1,7 %
	A 9 und A 10	3,6 %
	A 11	3,7 %
	A 12 bis A 16	3,6 %
	B 2 bis B 9	3,6 %
	R 1 bis R 8	3,6 %
	W 1 bis W 3	3,6 %
2024	A 4 bis A 8	Keine
	A 9	0,05 %
	A 10 bis A 14	Keine
	A 15 und A 16	0,5 %
	B 2 und B 3	0,5 %
	R 1 bis R 3	0,5 %
	B 4 und R 4	0,6 %
	B 5 und R 5	0,75 %
	B 6 und R 6	0,9 %
	B 7 und R 7	1,0 %
	B 8 und R 8	1,13 %
	B 9	1,25 %
	W 1	Keine
	W 2 und W 3	0,5 %
2027	A 4 bis A 8	2,4 %
	A 9	0,45 %
	A 10	0,5 %
	A 11	0,4 %
	A 12 bis A 14	0,5 %
	A 15 und A 16	Keine
	B 2 bis B 9	Keine
	R 1 bis R 8	Keine
	W 1	0,5 %
	W 2 und W 3	Keine

Wegen der Einzelheiten der vorgesehenen Regelungen wird auf den beigefügten Gesetzentwurf und die Gesetzesbegründung verwiesen.

Zudem werden Zahlungen zurückgefordert, soweit sich durch die im Gesetzentwurf zur Alimentation dritter und weiterer Kinder errechneten Beträge eine Überzahlung ergeben sollte und Zahlungen unter Vorbehalt geleistet wurden. Dies betrifft die für das Jahr 2023 gewährten Abschlagszahlungen, da diese unter dem Vorbehalt des Inkrafttretens einer entsprechenden gesetzlichen Regelung zur Gewährleistung der amtsangemessenen Alimentation gezahlt wurden. Die technischen Modalitäten hierzu befinden sich derzeit noch in Prüfung.

Die alimentationsbedingten Erhöhungen der Grundgehälter nach diesem Gesetz sollen darüber hinaus nicht auf Empfängerinnen und Empfänger von Amts- oder Versorgungsbezügen nach dem Saarländischen Ministergesetz (SMinG) übertragen werden, da es sich hier um Erhöhungen zur Sicherstellung der Amtsangemessenheit der beamtenrechtlichen Alimentation aus Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes handelt. Dieses Auslegungsverständnis lässt die Genese des § 8 Absatz 2 Satz 4 SMinG zu. Unter allgemeinen prozentualen Anpassungen der Besoldung sind insbesondere die linearen Besoldungserhöhungen zu verstehen, die aus der Übertragung von Tarifabschlüssen auf den Beamtenbereich resultieren und der allgemeinen Fortentwicklung des Besoldungsniveaus dienen. Die im vorliegenden Gesetzentwurf vorgesehenen Maßnahmen verfolgen demgegenüber ausschließlich das Ziel, den verfassungsrechtlichen Anforderungen an eine amtsangemessene Alimentation im Beamten- und Richterbereich Rechnung zu tragen. Hierdurch bleibt auch ein Gleichklang mit dem systematischen Verständnis im Beamtenbereich gewahrt. Auch dort erfolgen Besoldungserhöhungen einerseits aufgrund der amtsangemessenen Alimentation, andererseits aufgrund der Übertragung von Tarifergebnissen als allgemeine prozentuale Anpassung.

Das Gesetz gilt für Beamtinnen und Beamte des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände sowie der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, Richterinnen und Richter des Landes sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, denen laufende Versorgungsbezüge zustehen, die das Land, eine Gemeinde, ein Gemeindeverband oder eine sonstige der Aufsicht des Landes unterstehende Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts zu tragen hat.

Das Gesetz gilt nicht für Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte, Beamtinnen und Beamte auf Widerruf, die nebenbei verwendet werden, und ehrenamtliche Richterinnen und Richter. Es gilt ferner nicht für öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften und ihre Verbände.

Teil dieser Vorlage ist zudem der Entwurf einer Verordnung zur Gewährung eines fürsorgerechtlichen Zuschlags auf Grundlage der Verordnungsermächtigung des neuen § 71a Absatz 3 SBG. Die Einleitung des externen Anhörungsverfahrens wird seitens des Ministeriums für Inneres, Bauen und Sport zeitnah in die Wege geleitet.

C. Alternativen

Im Rahmen der Zielsetzung des Gesetzentwurfs keine.

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Die zum Ausgleich der errechneten Defizite notwendigen Kosten belaufen sich auf ca. 215,5 Millionen Euro. Für die Jahre 2023 bis 2026 ergeben sich durch die mit den vorgesehenen Besoldungserhöhungen einhergehenden Nachzahlungen voraussichtlich folgende Mehraufwände:

Angaben in Mio. Euro	**2023**	**2024**	**2025**	**2026**	**Summe 2023-2026**
Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer	28,3	29,3	33,0	33,6	**124,2**
Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	20,7	21,5	24,3	24,8	**91,3**
Summe Mehrbelastung	**49,0**	**50,8**	**57,3**	**58,4**	**215,5**

Im Jahr 2027 werden dann alle Besoldungsgruppen auf einen annähernd einheitlichen linearen Steigerungssatz mit einem Richtwert in Höhe von etwa 4,1 % gegenüber dem Basisjahr 2022 angehoben, der unter Beachtung der vorgegebenen Kriterien bei unteren und mittleren Besoldungsgruppen tendenziell geringfügig unterschritten und bei oberen Besoldungsgruppen überschritten wird. Damit sind für das Jahr 2027 strukturelle finanzielle Belastungen für den Landeshaushalt hinsichtlich der Aktivbezüge von Beamtinnen und Beamten in Höhe von 40,0 Mio. Euro und für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger in Höhe von 26,7 Mio. Euro zu erwarten, in der Summe 66,7 Mio. Euro. Diese strukturellen Belastungen wirken sich durch einen Basiseffekt bei künftigen Besoldungserhöhungen belastungsverstärkend aus.

Die Finanzierung wird durch einen Nachtragshaushalt sichergestellt.

Einsparungen ergeben sich zukünftig voraussichtlich in derzeit noch nicht bezifferbarer Höhe bei der Besoldung für dritte und weitere Kinder.

2. Vollzugsaufwand

Die Einführung des fürsorgerechtlichen Zuschlags sowie die Zahlbarmachung der Abschlagszahlungen können beim Landesamt für Zentrale Dienste zu einem zusätzlichen Personal- und Sachaufwand führen, der zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht konkret beziffert werden kann. Die ggfs. entstehenden personellen Mehrbedarfe sind über vorhandene Stellenpotenziale abzudecken. Die Finanzierung des zusätzlichen Sachaufwands erfolgt durch Umschichtungen innerhalb vorhandener Haushaltsansätze.

E. Sonstige Kosten

Keine

F. Auswirkungen von frauenpolitischer Bedeutung

Keine

G. Federführende Zuständigkeit

Ministerium für Inneres, Bauen und Sport

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur amtsangemessenen Alimentation im Saarland

vom Datum

Der Landtag wolle beschließen:

Artikel 1

Gesetz zur Änderung und Fortschreibung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge zur Umsetzung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Beamtenalimentation

Abschnitt 1

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt für

1. Beamtinnen und Beamte des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände sowie der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts,

2. Richterinnen und Richter des Landes,

3. Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, denen laufende Versorgungsbezüge zustehen, die das Land, eine Gemeinde, ein Gemeindeverband oder eine sonstige der Aufsicht des Landes unterstehende Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts zu tragen hat.

(2) Dieses Gesetz gilt nicht für Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte, Beamtinnen und Beamte auf Widerruf, die nebenbei verwendet werden, und ehrenamtliche Richterinnen und Richter. Es gilt ferner nicht für öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften und ihre Verbände.

Abschnitt 2

Besoldungs- und Versorgungsänderung 2023

§ 2

Erhöhung der Grundgehaltssätze

(1) Ab 1. Januar 2023 erhöhen sich die Grundgehaltssätze der am 31. Dezember 2022 gültigen Anlage IV des Saarländischen Besoldungsgesetzes vom 13. Oktober 2021

(Amtsbl. I S. 2547), das zuletzt durch Artikel 2, 3 und 4 des Gesetzes vom 20. Mai 2026 (Amtsbl. I S. 404, 407) geändert worden ist, in den Besoldungsgruppen A 4 bis A 8 um jeweils 1,7 Prozent und in der Besoldungsgruppe A 11 um 3,7 Prozent. Die übrigen Grundgehaltssätze der Besoldungsordnung A sowie der Besoldungsordnungen B, R und W erhöhen sich um jeweils 3,6 Prozent.

(2) Die Erhöhung nach Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend für
1. die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer,
2. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter sowie festgesetzte Sondergrundgehälter nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrer.

§ 3
Erhöhung der Versorgung

(1) Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) der Besoldungsordnungen des Saarländischen Besoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der bisherigen Grundgehälter die nach § 2 Absatz 1 erhöhten Sätze.

(2) Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) im Sinne des § 2 Absatz 2 zugrunde liegt, treten an die Stelle der bisherigen Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) die nach § 2 Absatz 1 erhöhten Sätze.

(3) Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsregelung zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) und der Ortszuschlag der Stufe 1 entsprechend der Besoldungsgruppenzuordnung nach § 2 Absatz 1 erhöht.

(4) Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, wird die Grundvergütung entsprechend der Besoldungsgruppenzuordnung nach § 2 Absatz 1 erhöht.

(5) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung nicht zugrunde liegt, werden ab 1. Januar 2023 entsprechend der Besoldungsgruppenzuordnung in § 2 Absatz 1 um 1,6 Prozent, 3,5 oder 3,6 Prozent erhöht, wenn der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1997 eingetreten ist. Satz 1 gilt entsprechend für
1. Hinterbliebene einer vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängerin oder eines vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängers und
2. Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind.

(6) Die in den Formeln nach § 31 des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes vom 13. Oktober 2021 (Amtsbl. I S. 2547, 2582), das zuletzt durch Artikel 5, 6 und 7 des Gesetzes vom 20. Mai 2026 (Amtsbl. I S. 404, 416) geändert worden ist, mit E, ER und EW bezeichneten Beträge sind ausgehend von den am 31. Dezember 2022 gültigen Beträgen mit Wirkung vom 1. Januar 2023 um 3,6 Prozent zu erhöhen.

Abschnitt 3
Besoldungs- und Versorgungsänderung 2024

§ 4

Erhöhung der Grundgehaltssätze

Die durch § 2 Absatz 1 erhöhten Grundgehaltssätze werden mit Wirkung vom 1. Januar 2024

1. in der Besoldungsgruppe A 9 um 0,05 Prozent,
2. in den Besoldungsgruppen A 15 und A 16, B 2 und B 3, W 2 und W3 sowie R 1 bis R 3 um jeweils 0,5 Prozent,
3. in den Besoldungsgruppen B 4 und R 4 um jeweils 0,6 Prozent,
4. in den Besoldungsgruppen B 5 und R 5 um jeweils 0,75 Prozent,
5. in den Besoldungsgruppen B 6 und R 6 um jeweils 0,9 Prozent,
6. in den Besoldungsgruppen B 7 und R 7 um jeweils 1,0 Prozent,
7. in den Besoldungsgruppen B 8 und R 8 um jeweils 1,13 Prozent und
8. in der Besoldungsgruppe B 9 um 1,25 Prozent

erhöht. Satz 1 Nummer 2 gilt entsprechend für die in § 2 Absatz 2 genannten Bezügebestandteile.

§ 5

Erhöhung der Versorgung

(1) Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern gilt die Erhöhung nach § 4 entsprechend für die in § 3 Absatz 1 bis 4 genannten Bezügebestandteile.

(2) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung nicht zugrunde liegt, werden ab 1. Januar 2024 entsprechend der Besoldungsgruppenzuordnung in § 4 in Fällen der Nummer 2 um 0,4 Prozent, in Fällen der Nummer 3 um 0,5 Prozent, in Fällen der Nummer 4 um 0,65 Prozent, in Fällen der Nummer 5 um 0,8 Prozent, in Fällen der Nummer 6 um 0,9 Prozent, in Fällen der Nummer 7 um 1,03 Prozent oder in Fällen der Nummer 9 um 1,15 Prozent erhöht, wenn der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1997 eingetreten ist. Satz 1 gilt entsprechend für

1. Hinterbliebene einer vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängerin oder eines vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängers und
2. Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind.

(3) Die in den Formeln nach § 31 des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes mit E, ER und EW bezeichneten Beträge sind zum 1. Januar 2024 nicht zu erhöhen.

§ 6

Fortschreibung der Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2024

Die in Artikel 2 § 2 Absatz 1 Nummer 1 und § 3 des Gesetzes zur Gewährung von Inflationsausgleichszahlungen sowie zur Anpassung von Besoldungs- und Versorgungsbezügen in den Jahren 2024 und 2025 vom 24. April 2024 (Amtsbl. I S. 362) geregelten Erhöhungen der Grundgehaltssätze und der Versorgungsbezüge sind auf der Grundlage der in § 4 geregelten Erhöhung der Grundgehaltssätze und des § 5 fortzuschreiben.

Abschnitt 4

Besoldungs- und Versorgungsänderung 2025

§ 7

Fortschreibung der Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2025

Die mit Artikel 2 § 4 Absatz 1 und § 5 des Gesetzes zur Gewährung von Inflationsausgleichszahlungen sowie zur Anpassung von Besoldungs- und Versorgungsbezügen in den Jahren 2024 und 2025 geregelten Erhöhungen der Grundgehaltssätze und der Versorgungsbezüge sind auf der Grundlage der in § 6 geregelten Fortschreibung der Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2024 fortzuschreiben.

Abschnitt 5

Besoldungs- und Versorgungsänderung 2026

§ 8

Fortschreibung der Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2026

Die in Artikel 1 § 2 Absatz 1 Nummer 1 und § 3 des Gesetzes zur Anpassung von Besoldungs- und Versorgungsbezügen in den Jahren 2026, 2027 und 2028 vom 20. Mai 2026 (Amtsbl. I S. 404) geregelten Erhöhungen der Grundgehaltssätze und der Versorgungsbezüge sind auf der Grundlage der in § 7 geregelten Fortschreibung der Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2025 fortzuschreiben.

Abschnitt 6

Besoldungs- und Versorgungsänderung 2027

§ 9

Erhöhung der Grundgehaltssätze

Die durch § 8 fortgeschriebenen Grundgehaltssätze werden mit Wirkung vom 1. Januar 2027

1. in den Besoldungsgruppen A 4 bis A 8 um jeweils 2,4 Prozent,
2. in der Besoldungsgruppe A 9 um 0,45 Prozent,
3. in der Besoldungsgruppe A 11 um 0,4 Prozent und
4. in den Besoldungsgruppen A 10, A 12 bis A 14 und W 1 um jeweils 0,5 Prozent

erhöht.

§ 10

Erhöhung der Versorgung

(1) Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern gilt die Erhöhung nach § 9 entsprechend für die in § 3 Absatz 1, 3 und 4 genannten Bezügebestandteile mit Ausnahme der fortgeltenden Besoldungsordnungen C und H.

(2) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung nicht zugrunde liegt, werden ab 1. Januar 2027 entsprechend der Besoldungsgruppenzuordnung in § 9 in

den Fällen der Nummer 1 um 2,3 Prozent, in den Fällen der Nummer 2 und 4 um 0,4 Prozent und in den Fällen der Nummer 3 um 0,3 Prozent erhöht, wenn der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1997 eingetreten ist. Satz 1 gilt entsprechend für

1. Hinterbliebene einer vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängerin oder eines vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängers,
2. Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind.

(3) Die in den Formeln nach § 31 des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes mit E, ER und EW bezeichneten Beträge sind mit Wirkung vom 1. Januar 2027 um 0,5 Prozent zu erhöhen.

§ 11

Fortschreibung der Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2027

Die in Artikel 1 § 4 Absatz 1 und § 5 des Gesetzes zur Anpassung von Besoldungs- und Versorgungsbezügen in den Jahren 2026, 2027 und 2028 geregelten Erhöhungen der Grundgehaltssätze und der Versorgungsbezüge sind auf der Grundlage der in § 9 geregelten Erhöhung der Grundgehaltssätze und des § 10 fortzuschreiben.

Abschnitt 7

Besoldungs- und Versorgungsänderung 2028

§ 12

Fortschreibung der Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2028

Die in Artikel 1 § 6 Absatz 1 und § 7 des Gesetzes zur Anpassung von Besoldungs- und Versorgungsbezügen in den Jahren 2026, 2027 und 2028 geregelten Erhöhungen der Grundgehaltssätze und der Versorgungsbezüge sind auf der Grundlage der in § 11 geregelten Fortschreibung der Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2027 fortzuschreiben.

Artikel 2

Änderung des Saarländischen Besoldungsgesetzes

Das Saarländische Besoldungsgesetz vom 13. Oktober 2021 (Amtsbl. I S. 2547), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 16. September 2026 (Amtsbl. I S. 930, 932) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Anlage IV wird mit Wirkung vom 1. Januar 2023 durch die folgende Anlage IV ersetzt:

Gültig ab 1. Januar 2023

Anlage IV

1. Besoldungsordnung A

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	2-Jahres-Rhythmus					3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus		
	Erfahrungsstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 4	2 474,94	2 506,54	2 536,56	2 597,57	2 658,56	2 719,56	2 780,53					
A 5	2 492,72	2 541,42	2 570,71	2 631,39	2 692,06	2 752,75	2 813,43	2 874,10				
A 6	2 545,28	2 581,72	2 616,45	2 683,10	2 749,68	2 816,34	2 882,98	2 949,62	3 016,20			
A 7	2 645,13	2 673,51	2 724,34	2 808,17	2 891,98	2 975,81	3 059,66	3 119,54	3 179,44	3 239,32		
A 8		2 759,65	2 797,20	2 904,61	3 012,07	3 119,48	3 226,94	3 298,57	3 370,15	3 441,84	3 513,44	
A 9		2 958,76	2 994,03	3 110,85	3 227,64	3 344,47	3 461,28	3 541,57	3 621,88	3 702,17	3 782,48	
A 10		3 168,16	3 228,83	3 378,46	3 528,13	3 677,78	3 827,46	3 927,23	4 027,46	4 129,52	4 231,60	
A 11			3 549,75	3 703,21	3 856,69	4 010,27	4 167,30	4 271,96	4 376,66	4 481,36	4 586,06	4 690,72
A 12			3 796,40	3 979,24	4 165,67	4 352,71	4 539,74	4 664,40	4 789,11	4 913,81	5 038,51	5 163,18
A 13				4 451,51	4 653,50	4 855,44	5 057,44	5 192,06	5 326,76	5 461,37	5 596,08	5 730,72
A 14				4 678,82	4 940,73	5 202,61	5 464,54	5 639,12	5 813,76	5 988,36	6 162,97	6 337,61
A 15						5 706,76	5 994,72	6 225,09	6 455,44	6 685,83	6 916,19	7 146,58
A 16						6 287,79	6 620,79	6 887,27	7 153,70	7 420,10	7 686,56	7 953,00

2. Besoldungsordnung B

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	
B 2	8 290,06
B 3	8 774,18
B 4	9 281,19
B 5	9 862,90
B 6	10 412,21
B 7	10 946,54
B 8	11 503,49
B 9	12 194,99

3. Besoldungsordnung W

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	
W 1	4 996,59
W 2	6 404,13
W 3	7 461,38

4. Besoldungsordnung R

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
R 1	4 552,96	4 754,99	4 861,31	5 135,58	5 409,86	5 684,14	5 958,42	6 232,73	6 506,98	6 781,29	7 055,55	7 329,85
R 2			5 517,88	5 792,15	6 066,43	6 340,72	6 615,02	6 889,30	7 163,59	7 437,85	7 712,16	7 986,40

R 3	8 774,18
R 4	9 281,19
R 5	9 862,90
R 6	10 412,21
R 7	10 946,54
R 8	11 503,49

2. In der Anlage V wird in dem ersten der Tabelle nachfolgenden Satz die Angabe „707,26 Euro“ durch die Angabe „563,58 Euro“ ersetzt.

Artikel 3

Weitere Änderung des Saarländischen Besoldungsgesetzes

Das Saarländische Besoldungsgesetz vom 13. Oktober 2021 (Amtsbl. I S. 2547), das zuletzt durch Artikel 2 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Anlage IV wird mit Wirkung vom 1. Januar 2024 durch die folgende Anlage IV ersetzt:

Gültig ab 1. Januar 2024

Anlage IV

1. Besoldungsordnung A

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	2-Jahres-Rhythmus					3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus		
	Erfahrungsstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 4	2 474,94	2 506,54	2 536,56	2 597,57	2 658,56	2 719,56	2 780,53					
A 5	2 492,72	2 541,42	2 570,71	2 631,39	2 692,06	2 752,75	2 813,43	2 874,10				
A 6	2 545,28	2 581,72	2 616,45	2 683,10	2 749,68	2 816,34	2 882,98	2 949,62	3 016,20			
A 7	2 645,13	2 673,51	2 724,34	2 808,17	2 891,98	2 975,81	3 059,66	3 119,54	3 179,44	3 239,32		
A 8		2 759,65	2 797,20	2 904,61	3 012,07	3 119,48	3 226,94	3 298,57	3 370,15	3 441,84	3 513,44	
A 9		2 960,24	2 995,53	3 112,41	3 229,25	3 346,14	3 463,01	3 543,34	3 623,69	3 704,02	3 784,37	
A 10		3 168,16	3 228,83	3 378,46	3 528,13	3 677,78	3 827,46	3 927,23	4 027,46	4 129,52	4 231,60	
A 11			3 549,75	3 703,21	3 856,69	4 010,27	4 167,30	4 271,96	4 376,66	4 481,36	4 586,06	4 690,72
A 12			3 796,40	3 979,24	4 165,67	4 352,71	4 539,74	4 664,40	4 789,11	4 913,81	5 038,51	5 163,18
A 13				4 451,51	4 653,50	4 855,44	5 057,44	5 192,06	5 326,76	5 461,37	5 596,08	5 730,72
A 14				4 678,82	4 940,73	5 202,61	5 464,54	5 639,12	5 813,76	5 988,36	6 162,97	6 337,61
A 15						5 735,29	6 024,69	6 256,22	6 487,72	6 719,26	6 950,77	7 182,31
A 16						6 319,23	6 653,89	6 921,71	7 189,47	7 457,20	7 724,99	7 992,77

2. Besoldungsordnung B

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	
B 2	8 331,51
B 3	8 818,05
B 4	9 336,88
B 5	9 936,87
B 6	10 505,92
B 7	11 056,01
B 8	11 633,48
B 9	12 347,43

3. Besoldungsordnung W

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	
W 1	4 996,59
W 2	6 436,15
W 3	7 498,69

4. Besoldungsordnung R

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
R 1	4 575,72	4 778,76	4 885,62	5 161,26	5 436,91	5 712,56	5 988,21	6 263,89	6 539,51	6 815,20	7 090,83	7 366,50
R 2			5 545,47	5 821,11	6 096,76	6 372,42	6 648,10	6 923,75	7 199,41	7 475,04	7 750,72	8 026,33

R 3	8 818,05
R 4	9 336,88
R 5	9 936,87
R 6	10 505,92
R 7	11 056,01
R 8	11 633,48

2. In der Anlage V wird in dem ersten der Tabelle nachfolgenden Satz die Angabe „707,26 Euro“ durch die Angabe „588,75 Euro“ ersetzt.

Artikel 4

Weitere Änderung des Saarländischen Besoldungsgesetzes

Das Saarländische Besoldungsgesetz vom 13. Oktober 2021 (Amtsbl. I S. 2547), das zuletzt durch Artikel 3 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Anlage IV wird mit Wirkung vom 1. November 2024 durch die folgende Anlage IV ersetzt:

Gültig ab 1. November 2024

Anlage IV

1. Besoldungsordnung A

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	2-Jahres-Rhythmus					3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus		
	Erfahrungsstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 4	2 674,94	2 706,54	2 736,56	2 797,57	2 858,56	2 919,56	2 980,53					
A 5	2 692,72	2 741,42	2 770,71	2 831,39	2 892,06	2 952,75	3 013,43	3 074,10				
A 6	2 745,28	2 781,72	2 816,45	2 883,10	2 949,68	3 016,34	3 082,98	3 149,62	3 216,20			
A 7	2 845,13	2 873,51	2 924,34	3 008,17	3 091,98	3 175,81	3 259,66	3 319,54	3 379,44	3 439,32		
A 8		2 959,65	2 997,20	3 104,61	3 212,07	3 319,48	3 426,94	3 498,57	3 570,15	3 641,84	3 713,44	
A 9		3 160,24	3 195,53	3 312,41	3 429,25	3 546,14	3 663,01	3 743,34	3 823,69	3 904,02	3 984,37	
A 10		3 368,16	3 428,83	3 578,46	3 728,13	3 877,78	4 027,46	4 127,23	4 227,46	4 329,52	4 431,60	
A 11			3 749,75	3 903,21	4 056,69	4 210,27	4 367,30	4 471,96	4 576,66	4 681,36	4 786,06	4 890,72
A 12			3 996,40	4 179,24	4 365,67	4 552,71	4 739,74	4 864,40	4 989,11	5 113,81	5 238,51	5 363,18
A 13				4 651,51	4 853,50	5 055,44	5 257,44	5 392,06	5 526,76	5 661,37	5 796,08	5 930,72
A 14				4 878,82	5 140,73	5 402,61	5 664,54	5 839,12	6 013,76	6 188,36	6 362,97	6 537,61
A 15						5 935,29	6 224,69	6 456,22	6 687,72	6 919,26	7 150,77	7 382,31
A 16						6 519,23	6 853,89	7 121,71	7 389,47	7 657,20	7 924,99	8 192,77

2. Besoldungsordnung B

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	
B 2	8 531,51
B 3	9 018,05
B 4	9 536,88
B 5	10 136,87
B 6	10 705,92
B 7	11 256,01
B 8	11 833,48
B 9	12 547,43

3. Besoldungsordnung W

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	
W 1	5 196,59
W 2	6 636,15
W 3	7 698,69

4. Besoldungsordnung R

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
R 1	4 775,72	4 978,76	5 085,62	5 361,26	5 636,91	5 912,56	6 188,21	6 463,89	6 739,51	7 015,20	7 290,83	7 566,50
R 2			5 745,47	6 021,11	6 296,76	6 572,42	6 848,10	7 123,75	7 399,41	7 675,04	7 950,72	8 226,33

R 3	9 018,05
R 4	9 536,88
R 5	10 136,87
R 6	10 705,92
R 7	11 256,01
R 8	11 833,48

2. In der Anlage V wird in dem ersten der Tabelle nachfolgenden Satz die Angabe „740,93 Euro“ durch die Angabe „588,75 Euro“ ersetzt.

Artikel 5

Weitere Änderung des Saarländischen Besoldungsgesetzes

Das Saarländische Besoldungsgesetz vom 13. Oktober 2021 (Amtsbl. I S. 2547), das zuletzt durch Artikel 4 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

In der Anlage V wird in dem ersten der Tabelle nachfolgenden Satz die Angabe „588,75 Euro“ durch die Angabe „622,50 Euro“ ersetzt.

Artikel 6

Weitere Änderung des Saarländischen Besoldungsgesetzes

Das Saarländische Besoldungsgesetz vom 13. Oktober 2021 (Amtsbl. I S. 2547), das zuletzt durch Artikel 5 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Anlage IV wird mit Wirkung vom 1. Februar 2025 durch die folgende Anlage IV ersetzt:

Gültig ab 1. Februar 2025

Anlage IV

1. Besoldungsordnung A

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	2-Jahres-Rhythmus					3-Jahres-Rhythmus			4-Jahres-Rhythmus			
	Erfahrungsstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 4	2 822,06	2 855,40	2 887,07	2 951,44	3 015,78	3 080,14	3 144,46					
A 5	2 840,82	2 892,20	2 923,10	2 987,12	3 051,12	3 115,15	3 179,17	3 243,18				
A 6	2 896,27	2 934,71	2 971,35	3 041,67	3 111,91	3 182,24	3 252,54	3 322,85	3 393,09			
A 7	3 001,61	3 031,55	3 085,18	3 173,62	3 262,04	3 350,48	3 438,94	3 502,11	3 565,31	3 628,48		
A 8		3 122,43	3 162,05	3 275,36	3 388,73	3 502,05	3 615,42	3 690,99	3 766,51	3 842,14	3 917,68	
A 9		3 334,05	3 371,28	3 494,59	3 617,86	3 741,18	3 864,48	3 949,22	4 033,99	4 118,74	4 203,51	
A 10		3 553,41	3 617,42	3 775,28	3 933,18	4 091,06	4 248,97	4 354,23	4 459,97	4 567,64	4 675,34	
A 11			3 955,99	4 117,89	4 279,81	4 441,83	4 607,50	4 717,92	4 828,38	4 938,83	5 049,29	5 159,71
A 12			4 216,20	4 409,10	4 605,78	4 803,11	5 000,43	5 131,94	5 263,51	5 395,07	5 526,63	5 658,15
A 13				4 907,34	5 120,44	5 333,49	5 546,60	5 688,62	5 830,73	5 972,75	6 114,86	6 256,91
A 14				5 147,16	5 423,47	5 699,75	5 976,09	6 160,27	6 344,52	6 528,72	6 712,93	6 897,18
A 15						6 261,73	6 567,05	6 811,31	7 055,54	7 299,82	7 544,06	7 788,34
A 16						6 877,79	7 230,85	7 513,40	7 795,89	8 078,35	8 360,86	8 643,37

2. Besoldungsordnung B

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	
B 2	9 000,74
B 3	9 514,04
B 4	10 061,41
B 5	10 694,40
B 6	11 294,75
B 7	11 875,09
B 8	12 484,32
B 9	13 237,54

3. Besoldungsordnung W

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	
W 1	5 482,40
W 2	7 001,14
W 3	8 122,12

4. Besoldungsordnung R

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
R 1	5 038,38	5 252,59	5 365,33	5 656,13	5 946,94	6 237,75	6 528,56	6 819,40	7 110,18	7 401,04	7 691,83	7 982,66
R 2			6 061,47	6 352,27	6 643,08	6 933,90	7 224,75	7 515,56	7 806,38	8 097,17	8 388,01	8 678,78

R 3	9 514,04
R 4	10 061,41
R 5	10 694,40
R 6	11 294,75
R 7	11 875,09
R 8	12 484,32

2. In der Anlage V wird in dem ersten der Tabelle nachfolgenden Satz die Angabe „781,68 Euro“ durch die Angabe „622,50 Euro“ ersetzt.

Artikel 7

Weitere Änderung des Saarländischen Besoldungsgesetzes

Das Saarländische Besoldungsgesetz vom 13. Oktober 2021 (Amtsbl. I S. 2547), das zuletzt durch Artikel 6 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

In der Anlage V wird in dem ersten der Tabelle nachfolgenden Satz die Angabe „622,50 Euro“ durch die Angabe „644,33 Euro“ ersetzt.

Artikel 8

Weitere Änderung des Saarländischen Besoldungsgesetzes

Das Saarländische Besoldungsgesetz vom 13. Oktober 2021 (Amtsbl. I S. 2547), das zuletzt durch Artikel 7 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Anlage IV wird mit Wirkung vom 1. April 2026 durch die folgende Anlage IV ersetzt:

Gültig ab 1. April 2026

Anlage IV

1. Besoldungsordnung A

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	2-Jahres-Rhythmus					3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus		
	Erfahrungsstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 4	2 922,06	2 955,40	2 987,07	3 051,44	3 115,78	3 180,14	3 244,46					
A 5	2 940,82	2 992,20	3 023,10	3 087,12	3 151,12	3 215,15	3 279,17	3 343,18				
A 6	2 996,27	3 034,71	3 071,35	3 141,67	3 211,91	3 282,24	3 352,54	3 422,85	3 493,09			
A 7	3 101,61	3 131,55	3 185,18	3 273,62	3 362,04	3 450,48	3 538,94	3 602,11	3 665,31	3 730,08		
A 8		3 222,43	3 262,05	3 375,36	3 488,73	3 602,05	3 716,65	3 794,34	3 871,97	3 949,72	4 027,38	
A 9		3 434,05	3 471,28	3 594,59	3 719,16	3 845,93	3 972,69	4 059,80	4 146,94	4 234,06	4 321,21	
A 10		3 653,41	3 718,71	3 880,99	4 043,31	4 205,61	4 367,94	4 476,15	4 584,85	4 695,53	4 806,25	
A 11			4 066,76	4 233,19	4 399,64	4 566,20	4 736,51	4 850,02	4 963,57	5 077,12	5 190,67	5 304,18
A 12			4 334,25	4 532,55	4 734,74	4 937,60	5 140,44	5 275,63	5 410,89	5 546,13	5 681,38	5 816,58
A 13				5 044,75	5 263,81	5 482,83	5 701,90	5 847,90	5 993,99	6 139,99	6 286,08	6 432,10
A 14				5 291,28	5 575,33	5 859,34	6 143,42	6 332,76	6 522,17	6 711,52	6 900,89	7 090,30
A 15						6 437,06	6 750,93	7 002,03	7 253,10	7 504,21	7 755,29	8 006,41
A 16						7 070,37	7 433,31	7 723,78	8 014,17	8 304,54	8 594,96	8 885,38

2. Besoldungsordnung B

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	
B 2	9 252,76
B 3	9 780,43
B 4	10 343,13
B 5	10 993,84
B 6	11 611,00
B 7	12 207,59
B 8	12 833,88
B 9	13 608,19

3. Besoldungsordnung W

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	
W 1	5 635,91
W 2	7 197,17
W 3	8 349,54

4. Besoldungsordnung R

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
R 1	5 179,45	5 399,66	5 515,56	5 814,50	6 113,45	6 412,41	6 711,36	7 010,34	7 309,27	7 608,27	7 907,20	8 206,17
R 2			6 231,19	6 530,13	6 829,09	7 128,05	7 427,04	7 726,00	8 024,96	8 323,89	8 622,87	8 921,79

R 3	9 780,43
R 4	10 343,13
R 5	10 993,84
R 6	11 611,00
R 7	12 207,59
R 8	12 833,88

2. In der Anlage V wird in dem ersten der Tabelle nachfolgenden Satz die Angabe „781,68 Euro“ durch die Angabe „644,33 Euro“ ersetzt.

Artikel 9

Weitere Änderung des Saarländischen Besoldungsgesetzes

Das Saarländische Besoldungsgesetz vom 13. Oktober 2021 (Amtsbl. I S. 2547), das zuletzt durch Artikel 8 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Anlage IV werden die Nummern 1 und 3 mit Wirkung vom 1. Januar 2027 durch die folgenden Nummern 1 und 3 ersetzt:

1. Besoldungsordnung A

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	2-Jahres-Rhythmus					3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus		
	Erfahrungsstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 4	2 992,19	3 026,33	3 058,76	3 124,67	3 190,56	3 256,46	3 322,33					
A 5	3 011,40	3 064,01	3 095,65	3 161,21	3 226,75	3 292,31	3 357,87	3 423,42				
A 6	3 068,18	3 107,54	3 145,06	3 217,07	3 289,00	3 361,01	3 433,00	3 505,00	3 576,92			
A 7	3 176,05	3 206,71	3 261,62	3 352,19	3 442,73	3 533,29	3 623,87	3 688,56	3 753,28	3 819,60		
A 8		3 299,77	3 340,34	3 456,37	3 572,46	3 688,50	3 805,85	3 885,40	3 964,90	4 044,51	4 124,04	
A 9		3 449,50	3 486,90	3 610,77	3 735,90	3 863,24	3 990,57	4 078,07	4 165,60	4 253,11	4 340,66	
A 10		3 671,68	3 737,30	3 900,39	4 063,53	4 226,64	4 389,78	4 498,53	4 607,77	4 719,01	4 830,28	
A 11			4 083,03	4 250,12	4 417,24	4 584,46	4 755,46	4 869,42	4 983,42	5 097,43	5 211,43	5 325,40
A 12			4 355,92	4 555,21	4 758,41	4 962,29	5 166,14	5 302,01	5 437,94	5 573,86	5 709,79	5 845,66
A 13				5 069,97	5 290,13	5 510,24	5 730,41	5 877,14	6 023,96	6 170,69	6 317,51	6 464,26
A 14				5 317,74	5 603,21	5 888,64	6 174,14	6 364,42	6 554,78	6 745,08	6 935,39	7 125,75
A 15						6 437,06	6 750,93	7 002,03	7 253,10	7 504,21	7 755,29	8 006,41
A 16						7 070,37	7 433,31	7 723,78	8 014,17	8 304,54	8 594,96	8 885,38

3. Besoldungsordnung W

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	
W 1	5 664,09
W 2	7 197,17
W 3	8 349,54

2. In der Anlage V wird in dem ersten der Tabelle nachfolgenden Satz die Angabe „644,33 Euro" durch die Angabe „675,00 Euro" ersetzt.

Artikel 10

Änderung des Gesetzes zur Anpassung von Besoldungs- und Versorgungsbezügen in den Jahren 2026, 2027 und 2028

Das Gesetz zur Anpassung von Besoldungs- und Versorgungsbezügen in den Jahren 2026, 2027 und 2028 vom 20. Mai 2026 (Amtsbl. I S. 404) wird wie folgt geändert:

1. Artikel 3 wird wie folgt geändert:

   a) Die Anlage IV wird wie folgt gefasst:

Gültig ab 1. März 2027

Anlage IV

1. Besoldungsordnung A

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	2-Jahres-Rhythmus					3-Jahres-Rhythmus			4-Jahres-Rhythmus			
	Erfahrungsstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 4	3 052,03	3 086,86	3 119,94	3 187,16	3 254,37	3 321,59	3 388,78					
A 5	3 071,63	3 125,29	3 157,56	3 224,43	3 291,29	3 358,16	3 425,03	3 491,89				
A 6	3 129,54	3 169,69	3 207,96	3 281,41	3 354,78	3 428,23	3 501,66	3 575,10	3 648,46			
A 7	3 239,57	3 270,84	3 326,85	3 419,23	3 511,58	3 603,96	3 696,35	3 762,33	3 828,35	3 895,99		
A 8		3 365,77	3 407,15	3 525,50	3 643,91	3 762,27	3 881,97	3 963,11	4 044,20	4 125,40	4 206,52	
A 9		3 518,49	3 556,64	3 682,99	3 810,62	3 940,50	4 070,38	4 159,63	4 248,91	4 338,17	4 427,47	
A 10		3 745,11	3 812,05	3 978,40	4 144,80	4 311,17	4 477,58	4 588,50	4 699,93	4 813,39	4 926,89	
A 11			4 164,69	4 335,12	4 505,58	4 676,15	4 850,57	4 966,81	5 083,09	5 199,38	5 315,66	5 431,91
A 12			4 443,04	4 646,31	4 853,58	5 061,54	5 269,46	5 408,05	5 546,70	5 685,34	5 823,99	5 962,57
A 13				5 171,37	5 395,93	5 620,44	5 845,02	5 994,68	6 144,44	6 294,10	6 443,86	6 593,55
A 14				5 424,09	5 715,27	6 006,41	6 297,62	6 491,71	6 685,88	6 879,98	7 074,10	7 268,27
A 15						6 565,80	6 885,95	7 142,07	7 398,16	7 654,29	7 910,40	8 166,54
A 16						7 211,78	7 581,98	7 878,26	8 174,45	8 470,63	8 766,86	9 063,09

2. Besoldungsordnung B

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	
B 2	9 437,82
B 3	9 976,04
B 4	10 549,99
B 5	11 213,72
B 6	11 843,22
B 7	12 451,74
B 8	13 090,56
B 9	13 880,35

3. Besoldungsordnung W

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	
W 1	5 777,37
W 2	7 341,11
W 3	8 516,53

4. Besoldungsordnung R

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
R 1	5 283,04	5 507,65	5 625,87	5 930,79	6 235,72	6 540,66	6 845,59	7 150,55	7 455,46	7 760,44	8 065,34	8 370,29
R 2			6 355,81	6 660,73	6 965,67	7 270,61	7 575,58	7 880,52	8 185,46	8 490,37	8 795,33	9 100,23

R 3	9 976,04
R 4	10 549,99
R 5	11 213,72
R 6	11 843,22
R 7	12 451,74
R 8	13 090,56

b) In der Anlage V wird in dem ersten der Tabelle nachfolgenden Satz die Angabe „781,68 Euro“ durch die Angabe „675,00 Euro“ ersetzt.

2. Artikel 4 wird wie folgt geändert:

a) Die Anlage IV wird wie folgt gefasst:

Gültig ab 1. Januar 2028

Anlage IV

1. Besoldungsordnung A

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	2-Jahres-Rhythmus					3-Jahres-Rhythmus			4-Jahres-Rhythmus			
	Erfahrungsstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 4	3 082,55	3 117,73	3 151,14	3 219,03	3 286,91	3 354,81	3 422,67					
A 5	3 102,35	3 156,54	3 189,14	3 256,67	3 324,20	3 391,74	3 459,28	3 526,81				
A 6	3 160,84	3 201,39	3 240,04	3 314,22	3 388,33	3 462,51	3 536,68	3 610,85	3 684,94			
A 7	3 271,97	3 303,55	3 360,12	3 453,42	3 546,70	3 640,00	3 733,31	3 799,95	3 866,63	3 934,95		
A 8		3 399,43	3 441,22	3 560,76	3 680,35	3 799,89	3 920,79	4 002,74	4 084,64	4 166,65	4 248,59	
A 9		3 553,67	3 592,21	3 719,82	3 848,73	3 979,91	4 111,08	4 201,23	4 291,40	4 381,55	4 471,74	
A 10		3 782,56	3 850,17	4 018,18	4 186,25	4 354,28	4 522,36	4 634,39	4 746,93	4 861,52	4 976,16	
A 11			4 206,34	4 378,47	4 550,64	4 722,91	4 899,08	5 016,48	5 133,92	5 251,37	5 368,82	5 486,23
A 12			4 487,47	4 692,77	4 902,12	5 112,16	5 322,15	5 462,13	5 602,17	5 742,19	5 882,23	6 022,20
A 13				5 223,08	5 449,89	5 676,64	5 903,47	6 054,63	6 205,88	6 357,04	6 508,30	6 659,49
A 14				5 478,33	5 772,42	6 066,47	6 360,60	6 556,63	6 752,74	6 948,78	7 144,84	7 340,95
A 15						6 631,46	6 954,81	7 213,49	7 472,14	7 730,83	7 989,50	8 248,21
A 16						7 283,90	7 657,80	7 957,04	8 256,19	8 555,34	8 854,53	9 153,72

2. Besoldungsordnung B

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	
B 2	9 532,20
B 3	10 075,80
B 4	10 655,49
B 5	11 325,86
B 6	11 961,65
B 7	12 576,26
B 8	13 221,47
B 9	14 019,15

3. Besoldungsordnung W

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	
W 1	5 835,14
W 2	7 414,52
W 3	8 601,70

4. Besoldungsordnung R

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
R 1	5 335,87	5 562,73	5 682,13	5 990,10	6 298,08	6 606,07	6 914,05	7 222,06	7 530,01	7 838,04	8 145,99	8 453,99
R 2			6 419,37	6 727,34	7 035,33	7 343,32	7 651,34	7 959,33	8 267,31	8 575,27	8 883,28	9 191,23

R 3	10 075,80
R 4	10 655,49
R 5	11 325,86
R 6	11 961,65
R 7	12 576,26
R 8	13 221,47

b) In der Anlage V wird in dem ersten der Tabelle nachfolgenden Satz die Angabe „781,68 Euro" durch die Angabe „675,00 Euro" ersetzt.

Artikel 11

Änderung des Saarländischen Beamtengesetzes

Das Saarländische Beamtengesetz vom 11. März 2009 (Amtsbl I. S. 514), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2025 (Amtsbl I S. 1089) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 71 die folgende Angabe eingefügt:

   „§ 71a Fürsorgerechtlicher Zuschlag"

eingefügt.

2. Nach § 71 wird der folgende § 71a eingefügt:

„§ 71a
Fürsorgerechtlicher Zuschlag

(1) Beamtinnen und Beamte mit Anspruch auf Dienstbezüge erhalten aus Gründen der beamtenrechtlichen Fürsorge einen Zuschlag, wenn die Ehegattin oder der Ehegatte

1. ein Kind, das das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, betreut,

2. eine pflegebedürftige nahe Angehörige oder einen pflegebedürftigen nahen Angehörigen mit einem Pflegegrad von zwei oder höher in häuslicher Umgebung pflegt,

3. eine minderjährige pflegebedürftige nahe Angehörige oder einen minderjährigen pflegebedürftigen nahen Angehörigen mit einem Pflegegrad von zwei oder höher in häuslicher oder außerhäuslicher Umgebung betreut,

4. als schwerbehindert gemäß § 2 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch anerkannt ist,

5. ohne Anspruch auf Krankengeld gemäß § 44 Absatz 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch erkrankt ist oder

6. die Regelaltersgrenze gemäß § 35 Satz 2 oder § 235 Absatz 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch überschritten hat und keine Pflichtversicherung oder Familienversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung der Rentner besteht

   und daher kein oder nur ein geringes eigenes Erwerbseinkommen oder eine entsprechende Lohnersatzleistung erzielt und keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld nach § 136 Absatz 1 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch hat.

(2) Nahe Angehörige im Sinne des Absatzes 1 Nummer 2 und 3 sind

1. Großeltern, Eltern, Schwiegereltern, Stiefeltern,

2. Geschwister, Ehegatten der Geschwister und Geschwister der Ehegatten,

3. Kinder, Adoptiv- oder Pflegekinder, die Kinder sowie die Adoptiv- oder Pflegekinder der Ehegattin oder des Ehegatten, Schwiegerkinder und Enkelkinder.

Der Ehegattin oder dem Ehegatten stehen die eingetragene Lebenspartnerin oder der eingetragene Lebenspartner gleich.

(3) Der Zuschlag wird in Höhe des Bruttobetrages gewährt, der zum Ausgleich des Fehlbetrages aus der Summe der zur Verfügung stehenden Jahresnettobesoldung der Beamtin oder des Beamten und dem Jahresnettoeinkommen der Ehegattin oder des Ehegatten der Beamtin oder des Beamten einerseits und der entsprechend der Familienzusammensetzung zu berücksichtigenden Prekaritätsschwelle von achtzig Prozent des Gesamt-Median-Äquivalenzeinkommens andererseits erforderlich ist. Die Landesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung das Nähere über die Bemessung, die Zuständigkeiten und das Verfahren bei der Gewährung des fürsorgerechtlichen Ergänzungszuschlags zu regeln."

Artikel 12

Änderung des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes

§ 38 Absatz 1 Satz 2 des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes vom 13. Oktober 2021 (Amtsbl. I S. 2547, 2582), das zuletzt durch Artikel 5, 6 und 7 des Gesetzes vom 20. Mai 2026 (Amtsbl. I S. 404, 416) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„Dieser beträgt bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von:

30 Prozent	171,86 Euro
40 Prozent	234,17 Euro
50 Prozent	347,73 Euro
60 Prozent	433,16 Euro
70 Prozent	594,96 Euro
80 Prozent	709,53 Euro
90 Prozent	854,25 Euro
100 Prozent	948,72 Euro

"

Artikel 13

Weitere Änderung des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes

§ 38 Absatz 1 Satz 2 des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes vom 13. Oktober 2021 (Amtsbl. I S. 2547, 2582), das zuletzt durch Artikel 12 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird durch den folgenden Satz ersetzt:

„Dieser beträgt bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von:

30 Prozent	180,04 Euro
40 Prozent	245,32 Euro
50 Prozent	364,28 Euro
60 Prozent	453,78 Euro
70 Prozent	623,28 Euro
80 Prozent	743,30 Euro

90 Prozent	894,91 Euro
100 Prozent	993,88 Euro

"

Artikel 14
Weitere Änderung des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes

§ 38 Absatz 1 Satz 2 des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes vom 13. Oktober 2021 (Amtsbl. I S. 2547, 2582), das zuletzt durch Artikel 13 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird durch den folgenden Satz ersetzt:

„Dieser beträgt bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von:

30 Prozent	189,94 Euro
40 Prozent	258,81 Euro
50 Prozent	384,32 Euro
60 Prozent	478,74 Euro
70 Prozent	657,56 Euro
80 Prozent	784,18 Euro
90 Prozent	944,13 Euro
100 Prozent	1 048,54 Euro

"

Artikel 15
Weitere Änderung des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes

§ 38 Absatz 1 Satz 2 des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes vom 13. Oktober 2021 (Amtsbl. I S. 2547, 2582), das zuletzt durch Artikel 14 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird durch den folgenden Satz ersetzt:

„Dieser beträgt bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von:

30 Prozent	195,26 Euro
40 Prozent	266,06 Euro
50 Prozent	395,08 Euro
60 Prozent	492,14 Euro
70 Prozent	675,97 Euro
80 Prozent	806,14 Euro
90 Prozent	970,57 Euro
100 Prozent	1 077,90 Euro

"

Artikel 16
Weitere Änderung des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes

§ 38 Absatz 1 Satz 2 des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes vom 13. Oktober 2021 (Amtsbl. I S. 2547, 2582), das zuletzt durch Artikel 15 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird durch den folgenden Satz ersetzt:

„Dieser beträgt bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von:

30 Prozent	202,29 Euro
40 Prozent	275,64 Euro
50 Prozent	409,30 Euro
60 Prozent	509,86 Euro
70 Prozent	700,30 Euro
80 Prozent	835,16 Euro
90 Prozent	1 005,51 Euro
100 Prozent	1 116,70 Euro

"

Artikel 17
Weitere Änderung des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes

§ 38 Absatz 1 Satz 2 des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes vom 13. Oktober 2021 (Amtsbl. I S. 2547, 2582), das zuletzt durch Artikel 16 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird durch den folgenden Satz ersetzt:

„Dieser beträgt bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von:

30 Prozent	206,34 Euro
40 Prozent	281,15 Euro
50 Prozent	417,49 Euro
60 Prozent	520,06 Euro
70 Prozent	714,31 Euro
80 Prozent	851,86 Euro
90 Prozent	1 025,62 Euro
100 Prozent	1 139,03 Euro

"

Artikel 18
Weitere Änderung des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes

§ 38 Absatz 1 Satz 2 des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes vom 13. Oktober 2021 (Amtsbl. I S. 2547, 2582), das zuletzt durch Artikel 17 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird durch den folgenden Satz ersetzt:

„Dieser beträgt bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von:

30 Prozent	208,40 Euro
40 Prozent	283,96 Euro
50 Prozent	421,66 Euro
60 Prozent	525,26 Euro
70 Prozent	721,45 Euro
80 Prozent	860,38 Euro
90 Prozent	1 035,88 Euro
100 Prozent	1 150,42 Euro

"

Artikel 19
Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 bis 8 mit Wirkung vom 1. Januar 2023 in Kraft.

(2) Artikel 3 und 12 treten mit Wirkung vom 1. Januar 2024 in Kraft.

(3) Artikel 4 und 13 treten mit Wirkung vom 1. November 2024 in Kraft.

(4) Artikel 5 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2025 in Kraft.

(5) Artikel 6 und 14 treten mit Wirkung vom 1. Februar 2025 in Kraft.

(6) Artikel 7 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2026 in Kraft.

(7) Artikel 8 und 15 treten mit Wirkung vom 1. April 2026 in Kraft.

(8) Artikel 9 und 16 treten am 1. Januar 2027 in Kraft.

(9) Artikel 10 Nummer 1 und 17 treten am 1. März 2027 in Kraft.

(10) Artikel 10 Nummer 2 und 18 treten am 1. Januar 2028 in Kraft.

Begründung

A. Allgemeines

Mit diesem Artikelgesetz werden die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zur verfassungsrechtlich gebotenen Mindestalimentation vom 17. September 2025 (2 BvL 5/18 u.a.) und zur Alimentation von Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richtern mit drei und mehr Kindern vom 4. Mai 2020 (2 BvL 6/17 u.a.) umgesetzt. Die genannten Entscheidungen des BVerfG ergingen zwar zu den Besoldungsregelungen der Länder Berlin bzw. Nordrhein-Westfalen; die seitens des BVerfG aus den Vorgaben des Artikels 33 Absatz 5 des Grundgesetzes (GG) hergeleiteten Anforderungen an eine verfassungsrechtlich gebotene Mindestalimentation von Beamten- und Richterfamilien sind jedoch auch bei der Festlegung der Besoldung im Saarland zu berücksichtigen.

Mit dem Gesetzentwurf werden die notwendigen gesetzlichen Regelungen getroffen, um für die Jahre 2023 bis 2027 eine amtsangemessene Alimentation von Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richtern sowie von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern im Saarland sicherzustellen. Da hinsichtlich der Jahre 2026 und 2027 zum Zeitpunkt des Gesetzgebungsverfahrens noch nicht alle Daten vorliegen, die für eine abschließende Beurteilung der Amtsangemessenheit der Besoldung relevant sind, haben die Feststellungen zu diesen Jahren prognostischen Charakter. Im Hinblick auf die Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge für das Jahr 2028 werden die Grundgehaltstabellen fortgeschrieben. Die Amtsangemessenheit der Alimentation für das Jahr 2028 bleibt einem eigenen Gesetz vorbehalten.

Getrennt von den o.g. Beschlüssen des BVerfG ist das Besoldungsniveau der vorangehenden Jahre zu betrachten. Aus Sicht des Saarlandes ist insbesondere für den Zeitraum des Empfangs von Konsolidierungshilfen seitens des Bundes (2011 – 2019) die besonders schwierige finanzielle Situation des Saarlandes zu berücksichtigen, die es zwingend erforderlich machte, in allen dem Haushaltsgesetzgeber zugänglichen Bereichen bei Schonung der für die zukünftige wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung des Landes bedeutsamen Aufgaben ein durchgreifendes und insgesamt ausgewogenes Konsolidierungskonzept zu realisieren, in dessen Rahmen auch die Besoldung einen Beitrag leisten musste. Nur so konnten schrittweise die Voraussetzungen geschaffen werden, um die ab dem Jahr 2020 geltenden verfassungsrechtlichen Vorgaben aus Art 109 Absatz 3 GG berücksichtigen zu können. In diesem Zusammenhang steht allerdings die Entscheidung des BVerfG über die drei Vorlagebeschlüsse des Oberverwaltungsgerichts und des Verwaltungsgerichts des Saarlandes noch aus. Soweit sich aus dieser Entscheidung ein weiterer gesetzgeberischer Handlungsbedarf ergeben sollte, ist dieser einem eigenständigen Gesetzgebungsverfahren vorbehalten.

Dass mit Wirkung ab dem Jahr 2023 die mit der Einhaltung der verfassungsrechtlichen Vorgaben zur amtsangemessenen Alimentation einhergehenden erheblichen finanziellen Mehrbelastungen des Landeshaushalts in Höhe von strukturell mehr als einem Prozent des jeweiligen jährlichen Haushaltsvolumens gestemmt und zugleich die verfassungsrechtlichen Vorgaben aus Art. 109 Absatz 3 des Grundgesetzes beachtet werden können, ist maßgeblich auf den – durch eine strikte Ausgabendisziplin des Landes flankierten – Erhalt von Sanierungshilfen des Bundes zurückzuführen. Erst durch die Regelungen des Sanierungshilfengesetzes wurde das Saarland in die Lage versetzt, neben der eigenständigen Einhaltung der Vorgaben aus Art. 109 Absatz 3 des Grundgesetzes auch die verfassungsrechtlichen Vorgaben zur amtsangemessenen Alimentation in ihrer nunmehr vom Bundesverfassungsgericht festgelegten Ausprägung erfüllen zu können. Dies unterscheidet den gegenwärtigen Zustand maßgeblich vom vorausgehenden Zeitraum,

insbesondere von dem Geltungszeitraum des Konsolidierungshilfengesetzes, als ein schlüssiges und umfassendes Konzept zur Haushaltskonsolidierung als integralen Bestandteil auch Einschränkungen bei der Besoldung vorsah und so die Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenregeln ab dem Jahr 2020 ermöglichte.

Mit Blick auf die Lesbarkeit gelten im Übrigen die Ausführungen in der Gesetzesbegründung im Einzelnen auch für den Richter- und Hochschulbereich, sofern keine eigenständigen Aussagen hierzu getroffen werden.

B. Im Einzelnen

Zu den Artikeln 1 bis 10:

Die Bestimmungen enthalten die notwendigen gesetzlichen Regelungen zur Sicherstellung einer den höchstrichterlichen Anforderungen entsprechenden amtsangemessenen Alimentation im Saarland in den Jahren 2023 bis 2027. Im Einzelnen sieht der Gesetzentwurf folgende Maßnahmen vor:

- Ablösung der bisherigen besoldungsrechtlichen Bezugsgröße der Allein-Verdiener-Familie zugunsten des der Lebenswirklichkeit entsprechenden Familienbildes einer Zwei-Verdiener-Familie (eine vergleichbare Umstellung der Bezugsgröße erfolgte bereits in anderen Ländern, z.B. Bayern, Brandenburg, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern).
- Pauschale Annahme eines eigenen monatlichen Nettoeinkommens der Ehegattin, des Ehegatten, der eingetragenen Lebenspartnerin oder des eingetragenen Lebenspartners der Beamtin oder des Beamten in Höhe des Faktors 0,5 des Median-Äquivalenzeinkommens.
- Gewährung eines Zuschlags des Dienstherrn aus Fürsorgegründen in Fällen, in denen die Ehegattin, der Ehegatte, die eingetragene Lebenspartnerin oder der eingetragene Lebenspartner des Beamten oder der Beamtin z.B. wegen Pflege eines nahen Angehörigen oder eigener Berufsunfähigkeit kein eigenes oder ein zu geringes Einkommen erzielen kann.
- Übergangsregelung für die Jahre 2023 bis 2025 zur Geltendmachung und zum Nachweis des Anspruchs auf den Zuschlag in Härtefällen.
- Ausgleich festgestellter Defizite durch lineare Steigerungen der Beträge in den Grundgehaltstabellen bezogen auf die jeweiligen Jahre und Besoldungsgruppen.
- Neuregelung der Höhe des monatlichen Familienzuschlags für das dritte und die weiteren Kinder.

Vereinbarkeit des Alimentationsniveaus im Saarland mit Artikel 33 Absatz 5 GG

Mit seinem Beschluss vom 17. September 2025 (Az.: 2 BvL 5/18 u.a.) hat das BVerfG entschieden, dass die Besoldung der Beamtinnen und Beamten im Land Berlin in den Besoldungsgruppen A 4 bis A 16 in den Jahren 2008 bis 2020 überwiegend nicht amtsangemessen und daher mit Artikel 33 Absatz 5 GG unvereinbar war. Dabei hat das BVerfG seine bisherige Rechtsprechung (Beschluss vom 4. Mai 2020, Az.: 2 BvL 4/18, Urteil

vom 5. Mai 2015, Az.: 2 BvL 17/09 u.a. sowie Beschluss vom 17. November 2015, Az.: 2 BvL 19/09, 2 BvL 20/09, 2 BvL 5/13 und 2 BvL 20/14) teilweise wieder aufgegriffen, seine Aussagen aber in großen Teilen fortentwickelt.

Danach ist die Amtsangemessenheit der Besoldung anhand einer zweistufigen Gesamtschau verschiedener, aus dem Alimentationsprinzip ableitbarer Kriterien zu beurteilen, hinzu tritt das Gebot der Mindestbesoldung (BVerfG, a. a. O., Rn. 57).

Die Besoldung muss dabei ein Mindestniveau sicherstellen, dass die Beamtinnen und Beamten dazu befähigt, ihren Dienst frei von existentiellen wirtschaftlichen Sorgen zu versehen (Vorabprüfung Mindestbesoldung). Auch darüber hinaus hat der Gesetzgeber insbesondere der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und des allgemeinen Lebensstandards bei der kontinuierlichen Fortschreibung der Besoldung über die Jahre hinweg Rechnung zu tragen (Fortschreibungsprüfung). Verfehlt das Besoldungsgesetz die vorgenannten verfassungsrechtlichen Anforderungen, kann dies in Ausnahmefällen jedoch verfassungsrechtlich gerechtfertigt sein (BVerfG, a. a. O., Rn. 46).

1. Vorabprüfung: Gebot der Mindestbesoldung

Eine amtsangemessene Besoldung muss sicherstellen, dass die Beamtinnen und Beamten ihren Dienst mit voller Hingabe leisten können. Das gelingt nur, wenn sie frei von existentiellen finanziellen Sorgen sind, mithin ihre Besoldung ein Mindestniveau erreicht, das diesen Anforderungen entspricht (Gebot der Mindestbesoldung).

Ein aussagekräftiger Indikator hierfür ist der Vergleich der Jahresnettobesoldung mit dem Median-Äquivalenzeinkommen (BVerfG, a. a. O., Rn. 63).

Die Freiheit der Beamtin bzw. des Beamten von existentiellen finanziellen Sorgen setzt voraus, dass ihre/seine Besoldung mindestens so bemessen ist, dass sie einen hinreichenden Abstand zu einem sie/ihn und ihre/seine Familie treffenden realen Armutsrisiko sicherstellt. Ein solcher Abstand ist nach Erkenntnissen der Armutsforschung nur gewahrt, wenn das Einkommen die sogenannte Prekaritätsschwelle von 80 % des Median-Äquivalenzeinkommens erreicht, im Falle der an Artikel 33 Abs. 5 GG zu messenden Beamtenbesoldung bezogen auf das Median-Äquivalenzeinkommen einer vierköpfigen Familie (Mindestbesoldung; BVerfG, a. a. O., Rn. 65).

Wird bei der zur Prüfung gestellten Besoldungsgruppe die Schwelle zur Prekarität unterschritten, liegt allein hierin bereits ein Verstoß gegen das Alimentationsprinzip vor (BVerfG, a. a. O., Rn. 75).

Das Median-Äquivalenzeinkommen ist ein statistischer Ansatz, um die nominalen Netto-Haushaltseinkommen einer Gesellschaft durch differenzierte Gewichtung nach Zahl und Alter der Haushaltsmitglieder miteinander vergleichbar zu machen. Im Gegensatz zum schlichten Pro-Kopf-Einkommen wird berücksichtigt, dass in einem Mehrpersonenhaushalt durch das gemeinsame Wirtschaften und gegebenenfalls durch die unterschiedliche Altersstruktur Einspar- und Synergieeffekte bestehen. Das BVerfG legt dabei seinen Berechnungen die modifizierte Äquivalenzskala der OECD zugrunde. Danach werden die erste erwachsene Person (Haushaltsvorstand) mit dem Faktor 1, weitere Erwachsene Personen im Haushalt und Jugendliche mit dem Faktor 0,5, und Kinder, das heißt Personen jünger als 14 Jahre, mit dem Faktor 0,3 gewichtet (BVerfG, a. a. O., Rn. 68).

Die Bezugsgröße für die Bemessung der Mindestbesoldung ist eine vierköpfige Familie, die aus der Beamtin oder dem Beamten, ihres Ehegatten bzw. seiner Ehegattin und zwei Kindern, von denen eins jünger als 14 Jahre ist, besteht (BVerfG, a. a. O., Rn. 70). Für die anzustellende Bewertung sind die Bezüge in ihrer Gesamthöhe der Berechnung zugrunde zu legen. Neben dem Grundgehalt sind daher solche Bezügebestandteile zu berücksichtigen, die allen Beamtinnen und Beamten einer Besoldungsgruppe

unterschiedslos gewährt werden. Maßgeblich sind die niedrigste vom Dienstherrn für aktive Beamte ausgewiesene Besoldungsgruppe und die niedrigste Erfahrungsstufe. Bei der Ermittlung des Nettoeinkommens sind die Kosten einer die Beihilfeleistung des Dienstherrn ergänzende Krankheitskosten- und Pflegeversicherung in Abzug zu bringen. Gewährt der Dienstherr freie Heilfürsorge oder erhöht er den Beihilfesatz, wirkt sich dies auf die Höhe des Nettoeinkommens aus. Vom Bruttoeinkommen abzuziehen sind die Steuern. Dabei ist auch die Absetzbarkeit der Kosten der Kranken- und Pflegeversicherung zu berücksichtigen. Hinzuzurechnen ist das Kindergeld (BVerfG, a. a. O., Rn. 71).
Angewandt wird die sogenannte „Spitzausrechnung".

Das BVerfG betont zwar, dass *„mangels gegenteiliger Anhaltspunkte nach wie vor davon auszugehen sei, dass die Besoldungsgesetzgeber das Grundgehalt von vornherein so bemessen haben, dass - zusammen mit den Familienzuschlägen für den Ehepartner und die ersten beiden Kinder - eine bis zu vierköpfige Familie amtsangemessen unterhalten werden kann."* Wie das BVerfG jedoch weiter feststellt, ist die vierköpfige Allein-Verdiener-Familie kein Leitbild der Beamtenbesoldung, sondern eine aus der bisherigen Besoldungspraxis abgeleitete Bezugsgröße. Da der Besoldungsgesetzgeber hinsichtlich der Strukturierung der Besoldung über einen breiten Gestaltungsspielraum verfüge, bestehe somit keine Verpflichtung, die Grundbesoldung ohne Rücksicht auf die Lebenswirklichkeit an einer vierköpfigen Allein-Verdiener-Familie auszurichten. Es stehe dem Besoldungsgesetzgeber vielmehr frei, die Besoldung stärker als bisher an der Lebenswirklichkeit auszurichten (BVerfG, Beschluss vom 4. Mai 2020, Az.: 2 BvL 4/18, Rn. 47).

Die bisherige Bezugsgröße der Beamtenbesoldung wurde in den siebziger Jahren festgelegt. Aufgrund der seither erfolgten gesellschaftlichen Veränderungen, die auch das Familienbild und die innerhalb der Familie bestehende Rollenverteilung betrafen, besteht Anlass zu prüfen, ob die der bisherigen Bezugsgröße der Beamtenbesoldung zu Grunde liegenden Verhältnisse bzw. Voraussetzungen aktuell noch gegeben sind.

a) Die Größe der Familie

Als Bezugsgröße kann auch in Zukunft der Bedarf eines Ehepaares mit zwei Kindern zu Grunde gelegt werden. Ausweislich des Mikrozensus 2019 gab es im Jahr 2019 11,6 Millionen Familien in Deutschland. Von den 11,6 Millionen Familien waren 68,2 % Familien von Ehepaaren, 9,2 % Familien von nichtehelichen Lebensgemeinschaften und 22,5 % Familien von Alleinerziehenden. Dabei ist das Verhältnis von Ein-Kind-Familien und Zwei-Kind-Familien bei Verheirateten nahezu ausgeglichen. Von den knapp 7,9 Millionen Familien von Ehepaaren hatten insoweit 44,4 % ein Kind, 40,9 % zwei Kinder und 11,3 % drei Kinder (www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61575/paare/#:~:text=Im%20Jahr%202019%20lebten%20in,4%2C4%20Mi l l ionen%20ohne%20Kinder; letztmals aufgerufen am 6. August 2026).

Bei den Beamten- und Richterfamilien im Saarland bestätigt sich dieser Befund. Die vierköpfige Familie ist auch hier der Regelfall. Insgesamt beziehen von den aktiv Beschäftigten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richtern 2.742 Personen den (kinderbezogenen) Familienzuschlag der Stufe 2 für ein Kind und 2.950 Personen den Familienzuschlag der Stufe 3 für zwei Kinder. Den Familienzuschlag der Stufe 4 für drei Kinder beziehen danach 612 Personen, den Familienzuschlag der Stufe 5 für vier Kinder insgesamt 81 Personen. Familienzuschlag für fünf und mehr Kinder wird nur in jeweils einstelliger Anzahl gewährt (Statistik des Landesamtes für Zentrale Dienste – Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle - für den Abrechnungsmonat Oktober 2023).

Insgesamt zeigt sich, dass eine Familiengröße mit bis zu zwei Kindern beim Dienstherrn Saarland weiterhin die Regel darstellt, so dass eine Abkehr von dieser Bezugsgröße nicht angezeigt ist.

b) Allein- oder Zwei-Verdiener-Familien

Erhebliche Veränderungen haben sich im Bereich der Verteilung der Erwerbstätigkeit innerhalb der Familien ergeben. Anders als in den siebziger Jahren ist die Zwei-Verdiener-Familie heute gesellschaftliche Normalität. Mit zunehmenden Möglichkeiten, Frauen nach der Erziehungszeit den Wiedereinstieg in das Berufsleben zu ermöglichen und generell Beruf und Familie besser zu vereinbaren, stieg der Anteil der erwerbstätigen Frauen in Deutschland stetig an. Betrug die Erwerbsquote verheirateter Frauen im Jahr 1950 bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland gerade einmal 26 %, so stieg sie bis 2022 auf 75,3 % an (Bundesagentur für Arbeit: Die Arbeitsmarktsituation von Frauen und Männern 2023, Mai 2023, S. 5).

Somit ist die Erwerbstätigkeit von Frauen - unabhängig von ihrem Familienstand und ihrer familiären Situation - absolut üblich. Auch Familien mit Kindern werden nicht mehr vornehmlich von einer alleinverdienenden Person unterhalten. So sind nach dem Mikrozensus 2018 rund 75 % der Mütter in Deutschland erwerbstätig. Dabei zeigt sich, dass Mütter von einem oder zwei Kindern üblicherweise eher erwerbstätig sind als Mütter von drei und mehr Kindern. Doch selbst mit drei oder mehr Kindern sind Mütter noch überwiegend erwerbstätig (Destatis: Kinderlosigkeit, Geburten und Familien - Ergebnisse des Mikrozensus 2018, Ausgabe 2019, Tabelle 3.13).

Diese gesellschaftliche Entwicklung spiegelt sich auch im Recht und der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung abseits der Entscheidungen zum Besoldungsrecht wider, indem das BVerfG in seinen Entscheidungen mit Bezug zur Rollenverteilung in Ehe und Familie die jeweils aktuelle Aufgaben- und Funktionsverteilung von Frauen und Männern in Paarbeziehungen zugrunde legt. So hat das BVerfG z.B. im Jahr 2002 festgestellt, dass die noch in den fünfziger und sechziger Jahren dominierende Hausfrauenehe inzwischen einem Ehebild gewichen sei, das auf Vereinbarkeit von Beruf und Familie setze und nur noch in der Phase aktiver Elternschaft der Typus der Versorgerehe weitgehend erhalten geblieben sei (BVerfG, Beschluss vom 5. Februar 2002, Az.: 1 BvR 105/95, Rn. 39).

Im Jahr 2009 erteilte das BVerfG in einer Entscheidung zur Hinterbliebenenversorgung der „Versorgerehe" eine endgültige Absage (BVerfG, Beschluss vom 7. Juli 2009, Az.: 1 BvR 1164/07, Rn. 112). Im Ergebnis stellt das BVerfG darin fest, dass in der gesellschaftlichen Realität die Ehe nicht mehr auf eine bestimmte Rollenverteilung festgelegt werden könne. Vielmehr entspreche es dem Recht der Ehegatten aus Artikel 6 Absatz 1 und Artikel 3 Absatz 2 GG, über die Art und Weise ihres ehelichen Zusammenlebens in gleichberechtigter Weise selbst zu entscheiden.

Auch das Familienrecht gibt kein gesetzliches Leitbild für die Ehe vor. Nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs haben heute beide Eheleute die gemeinschaftliche Verpflichtung zum Familienunterhalt und entscheiden in eigener Verantwortung über die Aufgabenverteilung in der Ehe, die Haushaltsführung und den Umfang ihrer Erwerbstätigkeit (§§ 1356, 1360 BGB). Dies löste den von 1958 bis 1977 bestehenden Rechtszustand ab, wonach eine Ehefrau nur eine Erwerbstätigkeit ausüben durfte, soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar war (§ 1356 BGB a.F.).

Es ist daher festzuhalten, dass die Aufteilung von Familienführung und Erwerbstätigkeit zwischen den Eheleuten heute auch während der Phase aktiver Elternschaft sozialgesellschaftlich nicht vorgegeben, sondern allein zwischen den Eheleuten auszuhandeln ist. Das Modell der Versorger- bzw. Hausfrauenehe kann daher aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung, die auch ihren Niederschlag in der Rechtsordnung und der Rechtsprechung gefunden hat, nicht mehr als Anknüpfungspunkt für besoldungsrechtliche Regelungen herangezogen werden.

Im Saarländischen Besoldungsgesetz wurden die dargestellten gesellschaftlichen Entwicklungen und die Entwicklungen in anderen Rechtsbereichen bisher nicht nachgezeichnet. Da das bisher der Besoldung zugrundeliegende Modell der Allein-

Verdiener-Familie nicht mehr der Lebenswirklichkeit entspricht, ist es angezeigt, die Zwei-Verdiener-Familie als neue besoldungsrechtliche Bezugsgröße für die Bemessung der Besoldung heranzuziehen und bei der Bemessung der Amtsangemessenheit der Besoldung zukünftig auch das Einkommen des Ehegatten, der Ehegattin, der eingetragenen Lebenspartnerin oder des eingetragenen Lebenspartners zu berücksichtigen.

Die Bestimmung der maßgeblichen Bezugsgrößen ist Gegenstand des verfassungsrechtlichen Gestaltungsauftrags des Gesetzgebers bei der Ausgestaltung der Alimentation im Rahmen seines weiten Entscheidungsspielraums. Diesem Auftrag kommt der Besoldungsgesetzgeber mit diesem Gesetz nach.

Die gebotene Anpassung der vom Besoldungsgesetzgeber bei der Überprüfung der Amtsangemessenheit zu Grunde gelegten Bezugsgröße entspricht zudem dem Fortentwicklungsgebot des Artikels 33 Absatz 5 GG, wonach das Recht des öffentlichen Dienstes unter der Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln und fortzuentwickeln ist.

Die Lösung von der bisherigen Bezugsgröße der vierköpfigen Allein-Verdiener-Familie stellt keine strukturelle Veränderung der für die Institution des Berufsbeamtentums wesentlichen Regelungen dar, die Artikel 33 Absatz 5 GG entgegenstehen würde. Nicht jede Regelung des Beamtenrechts, die sich als hergebracht erweist, wird von der institutionellen Garantie erfasst (BVerfG, Beschluss vom 17. Januar 2017, Az.: 2 BvL 1/10, Rn. 17). Bezugspunkt des Artikels 33 Absatz 5 GG ist das Berufsbeamtentum. Erfasst ist der Kernbestand von Strukturprinzipien, die allgemein oder doch ganz überwiegend während eines längeren, traditionsbildenden Zeitraums als verbindlich anerkannt und gewahrt worden sind (BVerfG, Beschluss vom 20. März 2007, Az.: 2 BvL 11/04, Rn. 33). Geschützt sind daher nur diejenigen Regelungen, die das Bild des Berufsbeamtentums in seiner überkommenen Gestalt maßgeblich prägen, so dass ihre Beseitigung auch das Wesen des Berufsbeamtentums antasten würde - also die Grundsätze, die nicht hinweggedacht werden können, ohne dass damit zugleich die Einrichtung selbst in ihrem Charakter grundlegend verändert würde.

Das Prinzip der amtsangemessenen Alimentation der Beamtin oder des Beamten und ihrer bzw. seiner Familie beruht zwar auf den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums im Sinne von Artikel 33 Absatz 5 GG, ist mithin insoweit „unantastbar". Mit der Änderung der Bezugsgröße wird jedoch nicht in dieses Prinzip eingegriffen, da die Besoldung auch weiterhin familienbezogen bleibt. Es erfolgt lediglich eine Abkehr von der Bezugsgröße der vierköpfigen Allein-Verdiener-Familie, bei der es sich um eine aus der bisherigen Besoldungspraxis abgeleitete Bezugsgröße für die Alimentation der Beamtenfamilie, nicht jedoch um einen hergebrachten Grundsatz des Berufsbeamtentums handelt, der von Artikel 33 Absatz 5 GG geschützt und somit unabänderlich wäre.

Aufgrund der dargelegten gesellschaftlichen und rechtlichen Entwicklungen, die zum Ergebnis geführt haben, dass die bisher der Bemessung der Besoldung zugrundeliegende Bezugsgröße der Allein-Verdiener-Familie nicht mehr der tatsächlichen Lebenswirklichkeit entspricht, wird diese Bezugsgröße mit dem vorliegenden Gesetz zugunsten des Familienbildes einer Zwei-Verdiener-Familie aufgegeben. Hierbei wird davon ausgegangen, dass die Ehegattin, der Ehegatte, die nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz eingetragene Lebenspartnerin oder der Lebenspartner der Beamtin oder des Beamten über ein eigenes monatliches Nettoeinkommen mindestens in Höhe des Faktors 0,5 des Median-Äquivalenzeinkommens verfügt, mit welchem sie oder er zum Unterhalt der gesamten Familie, einschließlich aller im Familienzuschlag zu berücksichtigenden Kinder, beiträgt und damit bei der Bemessung des erforderlichen Abstandes der Nettoalimentation zum grundsicherungsrechtlichen Gesamtbedarf zu berücksichtigen ist. Mit dieser Rechengröße operiert auch das BVerfG bei der der Beamtenfamilie gegenüberzustellenden Familienkonstellation.

Da das BVerfG diese Betrachtung auf Seiten der „Vergleichsfamilie" mit zwei Verdienern in der Familie zugrunde legt und damit die aktuelle gesellschaftliche Lebenswirklichkeit (und die der vergangenen Jahrzehnte) abbildet, erscheint es konsequent, dies auch in anderen Bereichen zugrunde zu legen.

Verzichten der Ehegatte, die Ehegattin, die Lebenspartnerin, der Lebenspartner im Rahmen dieser Betrachtung aus eigenem Entschluss auf die Erzielung eines zweiten Einkommens, obliegt es nicht dem Besoldungsgesetzgeber, dies finanziell auszugleichen. Sollten diese Personen allerdings unverschuldet nicht in der Lage sein, ein eigenes Einkommen in ausreichender Höhe zu erzielen, muss der Dienstherr aus Fürsorgegründen ein Abrutschen der Beamtin oder des Beamten in die Armutsgefährdung verhindern. Daher wird mit diesem Gesetz eine Regelung in das Saarländische Beamtengesetz aufgenommen, die sicherstellen soll, dass die finanziellen Mittel der Beamtin oder des Beamten die Grenze von 80 % des Median-Äquivalenzeinkommens in diesen Fällen überschreiten.

Die festgestellte Veränderung des Familienbildes kann jedoch nicht auf die ausschließliche Berücksichtigung eines zweiten Erwerbseinkommens bei der Bemessung der Besoldung beschränkt bleiben. Vielmehr sind auch weitere familienbezogene Regelungen daraufhin zu überprüfen, ob sie den veränderten gesellschaftlichen und familiären Rahmenbedingungen noch gerecht werden. Dies betrifft insbesondere die Gewährung eines Familienzuschlags für Verheiratete sowie die Berücksichtigung von Ehegatten und Lebenspartnern im Beihilferecht. Diese Regelungsbereiche sind künftig zu evaluieren und gegebenenfalls anzupassen, um die tatsächlichen Lebensverhältnisse angemessen abzubilden.

Im Saarland ergeben sich nach alldem die folgenden Werte zu Besoldung und Median-Äquivalenzeinkommen (Basis MZ-Kern).

Für das Jahr 2023:

Besoldungsgruppe A 4, Stufe 1			
		monatlich	Jährlich
Grundgehalt		2.433,57 €	29.202,84 €
Amtszulage (nach Anlage VII, Bes.Gr. A 4, Fn.1)		77,59 €	931,08 €
Familienzuschlag	Verheiratetenzuschlag	144,77 €	1.737,24 €
	Kinderzuschlag 1. Kind	145,50 €	1.746,00 €
	Kinderzuschlag 2. Kind	145,50 €	1.746,00 €
	Erhöhungsbeträge zum FZ für 1. und 2. Kind	78,83 €	945,96 €
Bruttojahresbezug Beamter			36.309,12 €
Bruttojahresverdienst Ehepartner			17.323,00 €
Bruttojahreseinkommen Ehepaar			53.632,12 €
abzüglich	BEG-Anteil Beamter		3.949,20 €
	BEG-Anteil Ehepartner		1.559,07 €
	2x Arbeitnehmer-Pauschbetrag		2.460,00 €
Zu versteuerndes Einkommen Eheleute			45.663,85 €
abzüglich	Einkommensteuer (Splittingformel)		5.388,60 €
Nettoeinkommen Eheleute			48.243,52 €
abzüglich	Beiträge PKV und Pflege-versicherung Beamter		4.864,80 €
	Sozialversicherungsbeiträge Ehepartner		3.395,31 €

zuzüglich	Kindergeld		6.000,00 €
	Inflationsausgleichszahlung		1.800,00 €
Zur Verfügung stehendes Netto-Gesamteinkommen			**47.783,41 €**
Median SL MZ Kern		1.986,00 €	23.832,00 €
Vierköpfige Familie	Faktor 2,3	4.567,80 €	54.813,60 €
Prekaritätsschwelle	**Faktor 0,8**		**43.850,88 €**

Für das Jahr 2024:

Besoldungsgruppe A 4, Stufe 1				
		Jan-Okt	Nov-Dez	Jährlich
Grundgehalt		2.433,57 €	2.633,57 €	29.602,84 €
Amtszulage (nach Anlage VII, Bes.Gr. A 4, Fn.1)		77,59 €	81,28 €	938,46 €
Familienzuschlag	Verheiratetenzuschlag	144,77 €	151,66 €	1.751,02 €
	Kinderzuschlag 1. Kind	145,50 €	152,43 €	1.759,86 €
	Kinderzuschlag 2. Kind	145,50 €	152,43 €	1.759,86 €
	Erhöhungsbeträge zum FZ für 2 Kinder	78,83 €	82,58 €	953,46 €
Bruttojahresbezug Beamter				36.765,50 €
Bruttojahresverdienst Ehepartner				17.559,00 €
Bruttojahreseinkommen Ehepaar				54.324,50 €
abzüglich	BEG-Anteil Beamter			3.961,08 €
	BEG-Anteil Ehepartner			1.580,31 €
	2x Arbeitnehmer-Pauschbetrag			2.460,00 €
Zu versteuerndes Einkommen Eheleute				46.323,11 €
abzüglich	Einkommensteuer (Splittingformel)			5.071,23 €
Nettoeinkommen Eheleute				49.253,27 €
abzüglich	Beiträge PKV und Pflegeversicherung Beamter			4.859,88 €
	Sozialversicherungsbeiträge Ehepartner			3.441,56 €
zuzüglich	Kindergeld			6.000,00 €
	Inflationsausgleichszahlung			1.200,00 €
Zur Verfügung stehendes Netto-Gesamteinkommen				**48.151,83 €**
Median SL MZ Kern		2.038,00 €		24.456,00 €
Vierköpfige Familie	Faktor 2,3	4.687,40 €		56.248,80 €
Prekaritätsschwelle	**Faktor 0,8**			**44.999,04 €**

Für das Jahr 2025:

Besoldungsgruppe A 4, Stufe 1				
		Jan	Feb-Dez	Jährlich
Grundgehalt		2.633,57 €	2.778,42 €	33.196,19 €
Amtszulage (nach Anlage VII, Bes.Gr. A 4, Fn.1)		81,28 €	85,75 €	1.024,53 €
Familienzuschlag	Verheiratetenzuschlag	151,66 €	160,00 €	1.911,66 €
	Kinderzuschlag 1. Kind	152,43 €	160,81 €	1.921,34 €
	Kinderzuschlag 2. Kind	152,43 €	160,81 €	1.921,34 €
	Erhöhungsbeträge zum FZ für 2 Kinder	82,58 €	87,12 €	1.040,90 €
Bruttojahresbezug Beamter				41.015,96 €
Bruttojahresverdienst Ehepartner				18.646,00 €
Bruttojahres-einkommen Ehepaar				59.661,96 €
abzüglich	BEG-Anteil Beamter			4.082,42 €
	BEG-Anteil Ehepartner			1.696,79 €
	2x Arbeitnehmer-Pauschbetrag			2.460,00 €
Zu versteuerndes Einkommen Eheleute				51.422,77 €
abzüglich	Einkommensteuer (Splittingformel)			6.235,65 €
Nettoeinkommen Eheleute				53.426,31 €
abzüglich	Beiträge PKV und Pflegeversicherung Beamter			4.996,80 €
	Sozialversicherungs-beiträge Ehepartner			3.673,26 €
zuzüglich	Kindergeld			6.120,00 €
Zur Verfügung stehendes Netto-Gesamteinkommen				**50.876,25 €**
Median SL	MZ Kern	2.123,00 €		25.476,00 €
Vierköpfige Familie	Faktor 2,3	4.882,90 €		58.594,80 €
Prekaritätsschwelle	**Faktor 0,8**			**46.875,84 €**

Für das Jahr 2026:

Besoldungsgruppe A 4, Stufe 1				
		Jan-Mär	Apr-Dez	Jährlich
Grundgehalt		2.778,42 €	2.878,42 €	34.241,04 €
Amtszulage (nach Anlage VII, Bes.Gr. A 4, Fn.1)		85,75 €	88,15 €	1.050,60 €
Familienzuschlag	Verheiratetenzuschlag	160,00 €	164,48 €	1.960,32 €
	Kinderzuschlag 1. Kind	160,81 €	165,31 €	1.970,22 €
	Kinderzuschlag 2. Kind	160,81 €	165,31 €	1.970,22 €
	Erhöhungsbeträge zum FZ für 2 Kinder	87,12 €	89,56 €	1.067,40 €

Bruttojahresbezug Beamter				42.259,80 €
Bruttojahresverdienst Ehepartner				19.163,00 €
Bruttojahres-einkommen Ehepaar				61.422,80 €
abzüglich	BEG-Anteil Beamter			4.218,00 €
	BEG-Anteil Ehepartner			1.743,83 €
	2x Arbeitnehmer-Pauschbetrag			2.460,00 €
Zu versteuerndes Einkommen Eheleute				53.000,97 €
abzüglich	Einkommensteuer (Splittingformel)			6.503,36 €
Nettoeinkommen Eheleute				54.919,44 €
abzüglich	Beiträge PKV und Pflegeversicherung Beamter			5.149,20 €
	Sozialversicherungs-beiträge Ehepartner			3.775,11 €
zuzüglich	Kindergeld			6.216,00 €
Zur Verfügung stehendes Netto-Gesamteinkommen				**52.211,13 €**
Median SL	MZ Kern	2.183,00 €		26.196,00 €
Vierköpfige Familie	Faktor 2,3	5.020,90 €		60.250,80 €
Prekaritätsschwelle	**Faktor 0,8**			**48.200,64 €**

Für das Jahr 2027:

Besoldungsgruppe A 4, Stufe 1				
		Jan-Feb	Mär-Dez	Jährlich
Grundgehalt		2.878,42 €	2.935,99 €	35.116,74 €
Amtszulage (nach Anlage VII, Bes.Gr. A 4, Fn.1)		88,15 €	89,91 €	1.075,40 €
Familienzuschlag	Verheiratetenzuschlag	164,48 €	167,77 €	2.006,66 €
	Kinderzuschlag 1. Kind	165,31 €	168,62 €	2.016,82 €
	Kinderzuschlag 2. Kind	165,31 €	168,62 €	2.016,82 €
	Erhöhungsbeträge zum FZ für 2 Kinder	89,56 €	91,35 €	1.092,62 €
Bruttojahresbezug Beamter				43.325,06 €
Bruttojahresverdienst Ehepartner				19.613,00 €
Bruttojahres-einkommen Ehepaar				62.938,06 €
abzüglich	BEG-Anteil Beamter			4.359,72 €
	BEG-Anteil Ehepartner			1.784,78 €
	2x Arbeitnehmer-Pauschbetrag			2.860,00 €
Zu versteuerndes Einkommen Eheleute				53.933,56 €

abzüglich	Einkommensteuer (Splittingformel)			6.755,75 €
Nettoeinkommen Eheleute				56.182,31 €
abzüglich	Beiträge PKV und Pflegeversicherung Beamter			5.306,52 €
	Sozialversicherungs-beiträge Ehepartner			3.863,76 €
zuzüglich	Kindergeld			6.216,00 €
Zur Verfügung stehendes Netto-Gesamteinkommen				**53.228,03 €**
Median SL	MZ Kern	2.244,00 €		26.928,00 €
Vierköpfige Familie	Faktor 2,3	5.161,20 €		61.934,40 €
Prekaritätsschwelle	**Faktor 0,8**			**49.547,52 €**

Da hinsichtlich des Jahres *2027* (und teilweise auch für das Jahr 2026) zum Zeitpunkt des Gesetzgebungsverfahrens noch keine Daten vorliegen, die für eine abschließende Beurteilung der Amtsangemessenheit der Besoldung relevant sind, haben die Feststellungen zu diesem Jahr prognostischen Charakter.

Ergebnis:
In den aufgeführten Prüfzeiträumen ist unter Zugrundelegung der vorherigen Ausführungen eine Unterschreitung der Schwelle zur Prekarität nicht festzustellen. Insofern ist eine Mindestbesoldung nach den Vorgaben des BVerfG sichergestellt.

2. Erste Prüfungsstufe

Auf der ersten Prüfungsstufe wird mit Hilfe von aus dem Alimentationsprinzip ableitbaren und volkswirtschaftlich beziehungsweise systemintern nachvollziehbaren Parametern ein durch Zahlenwerte konkretisierter Orientierungsrahmen für eine grundsätzlich verfassungsgemäße Ausgestaltung der Besoldungsstruktur und des Besoldungsniveaus ermittelt. Den Parametern kommt eine indizielle Bedeutung bei der Bestimmung des verfassungsrechtlich geschuldeten Besoldungsniveaus zu; ihre Heranziehung dient vor allem der Rationalisierung der verfassungsrechtlichen Prüfung (BVerfG, a. a. O., Rn. 77).

Gegenstand der ersten Prüfungsstufe ist eine Gegenüberstellung der Besoldungsentwicklung einerseits und der Entwicklung verschiedener Vergleichsgrößen andrerseits.

In der bisherigen Rechtsprechung des BVerfG zum Alimentationsprinzip sind dabei vier Parameter angelegt, denen eine indizielle Bedeutung bei der Ermittlung des verfassungsrechtlich geschuldeten Besoldungsniveaus zukommt (BVerfG, a. a. O., Rn. 81).

Die Parameter werden nachfolgend für die Besoldungsordnungen A, B und R dargestellt.

Die Besoldungsordnung W und ein dortiger Besoldungsindex sind mit dem vom BVerfG vorgegebenen Basisjahr 1996 nicht darstellbar.

Mit der Einführung der Besoldungsordnung W im Saarland im Jahre 2005 wurde die Besoldungsordnung C abgelöst. Ziel war die Umstellung einer reinen Grundbesoldung auf einen zweistufigen Aufbau mit einer etwas geringeren Grundbesoldung und der möglichen Gewährung von Leistungsbezügen. Beide Systeme sind nicht miteinander vergleichbar.

Mit Urteil vom 14. Februar 2012 – 2 BvL 4/10 – hatte das BVerfG sodann entschieden, dass die Besoldung der Professoren in Hessen in der Besoldungsgruppe W 2 gegen das Alimentationsprinzip des Art. 33 Abs. 5 GG verstößt und daher verfassungswidrig ist.

Infolgedessen wurden die Besoldungsgruppen W 2 und W 3 durch das Gesetz zur Neuregelung der Professorenbesoldung im Saarland angehoben. Dabei wurde das Besoldungsniveau der Besoldungsgruppe W 2 an die Besoldungsgruppe A 15 und das der Besoldungsgruppe W 3 an die Besoldungsgruppe A 16 angepasst.

Für Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren der Besoldungsgruppe W 1 wurde hingegen aufgrund der gegenüber den Professorinnen und Professoren der Besoldungsgruppen W 2 und W 3 bestehenden strukturellen Unterschiede keine entsprechende Anhebung des Grundgehalts vorgenommen. Die Besoldungsgruppe W 1 ist daher weiterhin einem Besoldungsniveau bis zur Besoldungsgruppe A 14 zuzuordnen.

Vor diesem Hintergrund werden die Grundgehälter der Besoldungsgruppen W 2 und W 3 entsprechend der Entwicklung der Besoldungsgruppen A 15 und A 16 sowie das Grundgehalt der Besoldungsgruppe W 1 entsprechend der Entwicklung der Besoldungsgruppe A 14 angepasst.

2.1 Besoldungsentwicklung im Saarland

Die Besoldungsentwicklung ist anhand eines Index zu ermitteln, mit dem die Entwicklung der Jahresbruttobesoldung ab dem festen Basisjahr 1996 abgebildet wird. Dabei sind neben dem Grundgehalt auch weitere Besoldungsbestandteile wie Sonderzahlungen hinzuzurechnen, soweit sie allen Beamtinnen und Beamten der Besoldungsgruppe unterschiedslos gewährt werden. Es ist die jeweils höchste Erfahrungsstufe der Besoldungsgruppe sowie eine sogenannte „Spitzausrechnung" zugrunde zu legen (BVerfG, a. a. O., Rn. 78 ff.).

im Saarland stellt sich der Besoldungsindex wie folgt dar:

Besoldungsordnung A

Jahr	A4	A5	A6	A7	A8	A9	A10	A11	A12	A13	A14	A15	A16
1996	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
1997	100,26	100,28	100,32	100,37	100,43	100,47	100,53	100,58	100,62	100,66	100,68	100,72	100,75
1998	101,83	101,86	101,89	101,95	102,01	102,06	102,12	102,17	102,21	102,25	102,28	102,32	102,35
1999	104,13	104,13	104,14	104,14	104,15	104,17	104,17	104,18	104,18	104,19	104,19	104,19	104,20
2000	105,49	105,49	105,48	105,48	105,47	105,47	105,46	105,45	104,95	104,99	105,02	105,06	105,09
2001	106,25	106,28	106,33	106,39	106,46	106,53	106,59	106,65	106,69	106,74	106,77	106,81	106,85
2002	108,40	108,43	108,48	108,55	108,61	108,69	108,76	108,82	108,87	108,91	108,95	108,99	109,03
2003	110,82	110,85	110,90	110,97	111,04	111,13	111,13	111,14	110,53	110,54	110,54	110,54	110,54
2004	110,34	110,39	110,47	110,23	110,34	110,16	110,31	110,09	110,19	110,28	110,36	110,10	110,17
2005	110,96	111,02	111,11	110,89	111,02	110,86	111,03	110,82	110,93	111,04	111,12	110,88	110,96
2006	109,60	109,50	109,35	109,12	108,91	108,45	108,24	107,53	107,44	107,35	107,29	107,20	107,13
2007	110,78	110,63	110,43	110,12	109,82	109,29	108,99	108,20	108,05	107,90	107,79	107,65	107,54
2008	111,87	111,76	111,62	111,39	111,19	110,74	110,53	109,82	109,73	109,65	109,58	109,50	109,44
2009	117,43	117,26	117,01	116,64	116,29	115,72	115,36	114,51	114,32	114,13	113,98	113,80	113,65
2010	119,35	119,16	118,91	118,52	118,15	117,57	117,18	116,32	116,11	115,91	115,76	115,56	115,41
2011	121,28	121,04	120,70	120,18	119,70	119,02	118,50	117,52	117,22	116,93	116,72	116,44	116,22
2012	120,72	120,53	120,27	119,88	119,51	118,92	118,53	117,66	117,45	117,24	117,09	116,89	116,74
2013	123,73	123,53	123,27	122,86	122,48	121,88	121,02	120,13	119,92	119,71	119,10	118,90	118,74
2014	126,16	125,96	125,69	125,28	124,89	124,28	123,50	122,59	122,37	122,16	121,64	121,43	121,27
2015	128,51	128,31	128,03	127,61	127,22	126,60	125,79	124,86	124,64	124,42	123,87	123,66	123,49
2016	131,31	131,03	130,65	130,08	129,54	128,81	127,86	126,92	126,69	126,47	125,86	125,65	125,48
2017	135,08	134,73	134,23	133,51	132,81	131,97	131,36	130,40	130,16	129,94	129,77	129,55	129,37
2018	136,99	136,63	136,13	135,40	134,68	133,84	133,22	132,24	132,00	131,77	131,60	131,38	131,20
2019	140,88	140,51	140,00	139,25	138,51	137,64	137,01	136,00	135,75	135,52	135,34	135,11	134,93
2020	146,15	145,77	145,24	144,46	143,70	142,79	142,14	141,09	140,84	140,59	140,41	140,17	139,98
2021	149,96	149,56	149,02	148,21	147,43	146,51	145,83	144,76	144,50	144,25	144,06	143,82	143,62
2022	157,07	156,46	155,61	154,35	153,14	151,85	150,68	149,21	148,62	148,05	147,63	147,09	146,65
2023	163,29	162,59	161,61	160,16	158,76	157,31	155,94	154,29	153,57	152,88	152,36	151,69	151,16

2024	162,35	161,68	160,75	159,37	158,04	156,66	155,37	153,77	153,10	152,45	151,95	151,33	150,84
2025	174,50	173,66	172,48	170,79	169,12	167,54	165,87	163,92	163,00	162,10	161,32	160,47	159,80
2026	179,51	178,51	177,13	175,14	173,42	171,81	170,09	168,10	167,15	166,23	165,42	164,55	163,86
2027	183,94	182,88	181,40	179,28	177,52	175,87	174,11	172,01	171,10	170,16	169,34	168,44	167,74

Besoldungsordnung B

Jahr	B2	B3	B4	B5	B6	B7	B8	B9
1996	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
1997	100,60	100,60	100,60	100,60	100,60	100,60	100,60	100,60
1998	102,60	102,60	102,60	102,60	102,60	102,60	102,60	102,61
1999	102,60	102,60	102,60	102,60	102,60	102,60	102,60	102,61
2000	105,35	105,36	105,36	105,36	105,36	105,36	105,36	105,36
2001	107,11	107,11	107,12	107,12	107,12	107,12	107,12	107,12
2002	109,30	109,30	109,30	109,31	109,31	109,31	109,31	109,31
2003	110,81	110,79	110,78	110,77	110,75	110,75	109,31	109,31
2004	110,28	110,02	109,78	109,54	109,33	109,15	105,26	105,08
2005	111,08	110,82	110,59	110,35	110,14	109,97	109,80	109,61
2006	107,36	107,32	107,28	107,23	107,20	107,16	107,13	107,10
2007	107,75	107,68	107,62	107,56	107,50	107,46	107,41	107,36
2008	109,67	109,63	109,58	109,54	109,51	109,47	109,44	109,41
2009	113,87	113,79	113,71	113,63	113,56	113,51	113,45	113,39
2010	115,63	115,54	115,46	115,37	115,30	115,24	115,18	115,12
2011	116,41	116,29	116,18	116,07	115,97	115,89	115,81	115,72
2012	116,96	116,87	116,78	116,70	116,63	116,57	116,51	116,44
2013	118,96	118,87	118,79	118,70	118,63	118,57	118,51	118,44
2014	121,50	121,41	121,32	121,23	121,16	121,09	121,03	120,96
2015	123,72	123,63	123,54	123,45	123,38	123,31	123,25	123,18
2016	125,72	125,63	125,54	125,45	125,37	125,30	125,24	125,17
2017	129,62	129,52	129,43	129,34	129,26	129,19	129,12	129,05
2018	131,45	131,35	131,26	131,16	131,08	131,01	130,95	130,87
2019	135,19	135,08	134,99	134,89	134,81	134,74	134,67	134,59
2020	140,25	140,14	140,04	139,94	139,85	139,78	139,71	139,63
2021	143,89	143,78	143,68	143,58	143,49	143,41	143,34	143,26
2022	146,85	146,62	146,42	146,20	146,03	145,87	145,72	145,56
2023	151,33	151,06	150,81	150,55	150,34	150,15	149,97	149,78
2024	151,02	150,77	150,53	150,29	150,09	149,92	149,75	149,57
2025	159,93	159,60	159,28	158,96	158,69	158,46	158,23	157,99
2026	164,00	163,66	163,34	163,01	162,73	162,49	162,26	162,01
2027	167,88	167,53	167,20	166,86	166,58	166,33	166,10	165,84

Besoldungsordnung R

Jahr	R1	R2	R3	R4	R5	R6	R7	R8
1996	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
1997	100,73	100,75	100,60	100,60	100,60	100,60	100,60	100,60
1998	102,33	102,35	102,60	102,60	102,60	102,60	102,60	102,60
1999	104,19	104,20	102,60	102,60	102,60	102,60	102,60	102,60
2000	105,07	105,09	105,36	105,36	105,36	105,36	105,36	105,36
2001	106,82	106,85	107,11	107,12	107,12	107,12	107,12	107,12
2002	109,00	109,03	109,30	109,30	109,31	109,31	109,31	109,31
2003	110,54	110,54	110,79	110,78	110,77	110,75	110,75	110,74
2004	110,12	110,17	110,02	109,78	109,54	109,33	109,15	108,98
2005	110,90	110,96	110,82	110,59	110,35	110,14	109,97	109,80
2006	107,18	107,13	107,32	107,28	107,23	107,20	107,16	107,13
2007	107,62	107,53	107,68	107,62	107,56	107,50	107,46	107,41
2008	109,49	109,43	109,63	109,58	109,54	109,51	109,47	109,44
2009	113,76	113,65	113,79	113,71	113,63	113,56	113,51	113,45
2010	115,53	115,40	115,54	115,46	115,37	115,30	115,24	115,18
2011	116,38	116,21	116,29	116,18	116,07	115,97	115,89	115,81
2012	116,85	116,73	116,87	116,78	116,70	116,63	116,57	116,51
2013	118,86	118,73	118,87	118,79	118,70	118,63	118,57	118,51
2014	121,39	121,26	121,41	121,32	121,23	121,16	121,09	121,03
2015	123,62	123,49	123,63	123,54	123,45	123,38	123,31	123,25
2016	126,05	125,92	125,63	125,54	125,45	125,37	125,30	125,24
2017	129,51	129,37	129,52	129,43	129,34	129,26	129,19	129,12
2018	131,34	131,20	131,35	131,26	131,16	131,08	131,01	130,95
2019	135,07	134,92	135,08	134,99	134,89	134,81	134,74	134,67
2020	140,12	139,97	140,14	140,04	139,94	139,85	139,78	139,71

2021	143,77	143,62	143,78	143,68	143,58	143,49	143,41	143,34
2022	146,98	146,64	146,62	146,42	146,20	146,03	145,87	145,72
2023	151,56	151,14	151,06	150,81	150,55	150,34	150,15	149,97
2024	151,21	150,82	150,77	150,53	150,29	150,09	149,92	149,75
2025	160,30	159,77	159,60	159,28	158,96	158,69	158,46	158,23
2026	164,38	163,84	163,66	163,34	163,01	162,73	162,49	162,26
2027	168,27	167,71	167,53	167,20	166,86	166,58	166,33	166,10

2.2 Erster Parameter: Tariflohnindex

Dem Einkommensniveau der privatrechtlich beschäftigten und streikberechtigten Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes kommt eine besondere Bedeutung für die Bestimmung der Wertigkeit des Amtes und damit der Angemessenheit der Besoldung zu, ohne dass der Gesetzgeber zur Gewährleistung einer strikten Parallelität verpflichtet wäre (BVerfG, a. a. O., Rn. 83).

Auch für den Tariflohnindex ist die Entwicklung des Jahresbruttoentgelts der Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst zu ermitteln. Neben linearen Tarifveränderungen müssen Sockelbeträge, allgemein gezahlte Zulagen und Einmalzahlungen berücksichtigt werden. Analog zur Besoldung wird dabei das Tabellenentgelt in der höchsten Stufe der jeweiligen Entgeltgruppe herangezogen. Basisjahr für den Tariflohnindex ist das Jahr 1996.

Durch das Basisjahr 1996 werden hierbei jedoch zwei Tarifverträge in zeitlicher Abfolge verknüpft und vergleichbar gemacht, bei denen aufgrund unterschiedlicher Strukturen und Ausrichtungen keine unmittelbare Vergleichbarkeit gegeben ist. Der bis zum Jahr 2006 geltende Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) regelte bis zum 31. Oktober 2006 die Entlohnung der Angestellten des öffentlichen Dienstes der Länder. Er wurde abgelöst durch den Tarifvertrag für den öffentliche Dienst der Länder (TV-L).
Beide Tarifwerke sind bezüglich ihrer Vergütungssysteme und Eingruppierungsregelungen unterschiedlich. Erst mit Einführung des TV-L wäre ab dem Basisjahr 2007 eine sachgerechte Vergleichbarkeit gegeben. Nach den Vorgaben des BVerfG ist jedoch auf das Basisjahr 1996 abzustellen.

Hinsichtlich der Verdienste der Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder, für die der TV-L gilt, ist folgender Tariflohnindex festzustellen:

Jahr	E4	E5	E6	E7	E8	E9	E10	E11	E12	E13	E14	E15	E15Ü
1996	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
1997	100,54	100,54	100,60	100,64	100,69	100,74	100,80	100,83	100,83	100,86	100,90	100,92	100,95
1998	101,92	101,92	101,98	102,02	102,08	102,13	102,19	102,22	102,23	102,26	102,29	102,32	102,35
1999	104,73	104,73	107,74	104,74	104,76	104,77	104,78	104,78	104,78	104,79	104,79	104,79	104,80
2000	106,47	106,47	106,46	106,46	106,47	106,46	106,45	106,44	106,44	106,44	106,43	106,43	106,42
2001	107,52	107,52	107,59	107,64	107,72	107,78	107,85	107,88	107,89	107,93	107,97	107,99	108,03
2002	109,09	109,09	109,16	109,22	109,30	109,36	109,44	109,47	109,48	109,52	109,56	109,59	109,63
2003	112,14	112,14	112,21	112,27	112,34	112,34	112,35	111,74	111,74	111,75	111,75	111,75	111,76
2004	113,44	113,44	113,50	113,54	113,63	113,68	113,74	113,77	113,78	113,81	113,84	113,87	113,90
2005	113,58	113,58	113,65	113,71	113,82	113,88	113,96	114,00	114,01	114,05	114,10	114,13	114,17
2006	115,11	116,39	115,26	114,36	113,26	113,82	113,69	113,60	112,66	111,26	109,19	109,52	110,03
2007	115,52	121,13	115,99	111,89	107,74	113,69	112,88	112,35	118,03	110,73	105,40	107,06	109,65
2008	115,81	121,48	116,55	112,41	108,51	115,57	114,87	114,50	120,34	113,63	108,22	109,90	112,64
2009	120,79	126,60	121,38	117,00	112,86	119,93	119,03	118,56	124,48	117,51	111,86	113,50	116,21
2010	122,74	128,64	123,32	118,87	114,66	121,81	120,89	120,40	126,42	119,34	113,60	115,26	118,00
2011	125,88	131,86	126,35	121,73	117,36	124,50	123,43	122,87	128,94	121,71	115,81	117,44	120,15
2012	128,10	134,21	128,62	123,95	119,52	126,86	125,82	125,28	131,50	124,12	118,13	119,82	122,62
2013	131,49	137,76	132,03	127,23	122,69	130,23	129,16	128,60	134,98	127,41	121,26	123,00	125,87
2014	135,37	141,83	135,93	130,99	126,31	134,07	132,97	132,39	138,96	131,17	124,83	126,62	129,58
2015	137,77	144,35	138,34	133,31	128,55	136,44	135,32	134,74	141,42	133,49	127,03	128,85	131,86
2016	141,64	148,23	141,92	136,65	131,64	139,54	138,40	137,80	144,62	136,51	129,91	131,78	134,85
2017	146,31	152,91	146,20	140,63	135,29	142,83	141,66	141,05	148,05	139,75	132,99	134,90	138,05
2018	149,75	156,50	149,64	143,94	138,47	148,89	147,67	147,04	154,35	145,69	138,66	140,65	141,30
2019	154,75	161,55	154,25	148,21	142,39	154,82	153,55	152,89	160,58	151,58	144,30	146,37	145,43
2020	159,26	166,23	158,72	152,51	146,51	159,36	158,05	157,39	165,40	156,13	148,68	150,82	149,84

2021	161,76	168,75	161,03	154,64	148,47	161,29	159,97	159,28	167,45	158,06	150,55	152,71	151,72
2022	167,53	174,54	166,35	159,60	153,03	165,47	163,68	162,73	170,87	161,23	153,43	155,41	154,13
2023	173,79	180,98	172,42	165,37	158,49	171,10	169,09	168,04	176,35	166,38	158,28	160,24	158,83
2024	172,96	180,15	171,65	164,66	157,84	170,52	168,58	167,56	175,88	165,94	157,89	159,88	158,51
2025	186,00	193,56	184,28	176,65	169,19	182,09	179,69	178,43	186,97	176,36	167,64	169,60	167,97
2026	190,87	198,52	189,00	181,18	173,53	186,75	184,29	183,00	191,75	180,87	171,92	173,93	172,26
2027	195,37	203,17	193,42	185,41	177,59	191,13	188,61	187,29	196,25	185,12	175,96	178,02	176,31

2.3 Zweiter Parameter: Nominallohnindex

Der Nominallohnindex ist ein allgemein anerkannter Indikator für die Einkommens- und Wohlstandsentwicklung der abhängig Beschäftigten in Deutschland und kann daher eine Orientierung für die Einkommenssituation und -entwicklung der Gesamtbevölkerung bieten (BVerfG, a. a. O., Rn. 87). Das BVerfG legt hierbei ebenfalls Basisjahr 1996 zugrunde.

Das Landesamt für Zentrale Dienste – Statistisches Amt - hat im Hinblick auf den Nominallohnindex darauf hingewiesen, dass sich die Berechnungsgrundlagen des Nominallohnindex von 1996 bis heute geändert haben, wodurch eine unmittelbare Vergleichbarkeit der Daten nicht gegeben ist. Nach den Vorgaben des BVerfG ist jedoch auf das Basisjahr 1996 abzustellen.

Der Nominallohnindex stellt sich für das Saarland, gestützt auf die zu den jeweiligen Jahren veröffentlichten Zahlen des Statistischen Landesamtes, wie folgt dar:

Jahr	Nominallohnindex	Veränderung gegenüber dem Vorjahr (in %)
1996	100,00	
1997	99,70	-0,30
1998	100,48	0,78
1999	101,14	0,66
2000	102,22	1,07
2001	104,62	2,34
2002	104,68	0,06
2003	105,76	1,03
2004	106,71	0,90
2005	107,35	0,60
2006	108,42	1,00
2007	109,94	1,40
2008	112,80	2,60
2009	111,90	-0,80
2010	116,48	4,10
2011	120,79	3,70
2012	123,33	2,10
2013	124,56	1,00
2014	127,93	2,70
2015	130,87	2,30
2016	132,96	1,60
2017	136,02	2,30
2018	139,97	2,90

2019	142,76	2,00
2020	140,05	-1,90
2021	144,81	3,40
2022	147,57	1,90
2023	155,98	5,70
2024	165,02	5,80
2025	171,95	4,20
2026	177,11	3,00
2027	182,43	3,00

Da für die Jahre 2026 und 2027 zum Zeitpunkt des Gesetzgebungsverfahrens noch keine Daten zur jährlichen Veränderungsrate des Nominallohnindex vorlagen, beruhen die für diese Jahre zugrunde gelegten Werte auf einer Prognose. Grundlage der Prognose ist die durchschnittliche jährliche Veränderungsrate der letzten zehn verfügbaren Jahre (2016 bis 2025).

Hieraus ergibt sich für den Nominallohnindex eine durchschnittliche jährliche Veränderungsrate von 2,79 %. Unter Berücksichtigung eines angemessenen Prognose- und Sicherheitszuschlags wurde für die Jahre 2026 und 2027 eine jährliche Veränderungsrate von 3,00 % zugrunde gelegt.

2.4 Dritter Parameter: Verbraucherpreisindex

Durch eine entsprechende Bemessung der Bezüge soll verhindert werden, dass das Gehalt infolge des Anstiegs der allgemeinen Lebenshaltungskosten aufgezehrt wird und dem Beamten infolge des Kaufkraftverlusts die Möglichkeit genommen wird, den ihm zukommenden Lebenszuschnitt zu wahren (BVerfG, a. a. O., Rn. 88). Auch hier wird das Basisjahr 1996 zugrunde gelegt.

Auch die Berechnungsgrundlagen des Verbraucherpreisindex von 1996 bis heute haben sich geändert, wodurch eine unmittelbare Vergleichbarkeit der Daten nicht gegeben ist. Nach den Vorgaben des BVerfG ist jedoch auf das Basisjahr 1996 abzustellen.

Der Verbraucherpreisindex stellt sich für das Saarland, gestützt auf veröffentlichte Zahlen des Statistischen Landesamtes, wie folgt dar:

Jahr	Verbraucherpreisindex	Veränderung gegenüber dem Vorjahr (in %)
1996	100,00	
1997	101,69	1,69
1998	102,88	1,17
1999	102,78	-0,10
2000	104,27	1,45
2001	105,96	1,62
2002	107,41	1,37
2003	108,37	0,90
2004	110,33	1,80
2005	111,98	1,50
2006	113,88	1,70
2007	116,39	2,20

2008	119,65	2,80
2009	119,77	0,10
2010	120,61	0,70
2011	123,38	2,30
2012	125,97	2,10
2013	127,48	1,20
2014	128,76	1,00
2015	129,27	0,40
2016	129,66	0,30
2017	131,61	1,50
2018	133,97	1,80
2019	135,72	1,30
2020	136,26	0,40
2021	140,21	2,90
2022	148,76	6,10
2023	157,39	5,80
2024	161,64	2,70
2025	165,20	2,20
2026	169,66	2,70
2027	174,24	2,70

Da für die Jahre 2026 und 2027 zum Zeitpunkt des Gesetzgebungsverfahrens noch keine Daten zur jährlichen Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex vorlagen, beruhen die für diese Jahre zugrunde gelegten Werte auf einer Prognose. Grundlage der Prognose ist die durchschnittliche jährliche Veränderungsrate der letzten zehn verfügbaren Jahre (2016 bis 2025).

Hieraus ergibt sich für den Verbraucherpreisindex eine durchschnittliche jährliche Veränderungsrate von 2,50 %. Unter Berücksichtigung eines angemessenen Prognose- und Sicherheitszuschlags wurde für die Jahre 2026 und 2027 eine jährliche Veränderungsrate von 2,70 % zugrunde gelegt.

2.5 Vergleich der drei Parameter mit der Besoldung

Die unter 2.2 bis 2.4 genannten Indizes sind dem Besoldungsindex gegenüberzustellen. Eine deutliche Abweichung von mindestens 5 % ist dabei ein wichtiges Indiz für eine evidente Missachtung des Alimentationsprinzips.

a) Tariflohnindex/Besoldungsindex

Für die jeweiligen Besoldungsgruppen ergibt sich folgendes Ergebnis:

Besoldungsordnung A

Jahr	A4	A5	A6	A7	A8	A9	A10	A11	A12	A13	A14	A15	A16
2023	6,05	10,16	6,27	3,15	-0,17	8,06	7,78	8,18	12,92	8,11	3,74	5,34	4,83
2024	6,13	10,25	6,35	3,21	-0,13	8,12	7,83	8,23	12,95	8,13	3,76	5,35	4,84
2025	6,18	10,28	6,40	3,32	0,05	7,99	7,69	8,13	12,82	8,09	3,77	5,39	4,87
2026	5,95	10,08	6,28	3,33	0,06	8,00	7,70	8,14	12,83	8,10	3,78	5,39	4,87
2027	5,85	9,99	6,22	3,31	0,04	7,98	7,69	8,13	12,82	8,08	3,77	5,38	4,86

Besoldungsordnung B

Jahr	B2	B3	B4	B5	B6	B7	B8	B9
2023	4,73	4,89	5,05	5,21	5,35	5,47	5,58	5,70

2024	4,73	4,89	5,04	5,19	5,31	5,42	5,53	5,65
2025	4,79	4,99	5,17	5,36	5,52	5,66	5,80	5,94
2026	4,79	4,99	5,18	5,37	5,53	5,67	5,80	5,95
2027	4,78	4,98	5,17	5,36	5,52	5,66	5,79	5,94

Besoldungsordnung R

Jahr	R1	R2	R3	R4	R5	R6	R7	R8
2023	4,58	4,84	4,89	5,05	5,21	5,35	5,47	5,58
2024	4,61	4,85	4,89	5,04	5,19	5,31	5,42	5,53
2025	4,57	4,88	4,99	5,17	5,36	5,52	5,66	5,80
2026	4,57	4,89	4,99	5,18	5,37	5,53	5,67	5,80
2027	4,56	4,88	4,98	5,17	5,36	5,52	5,66	5,79

Im Vergleich des Tariflohnindex zum Besoldungsindex ist in unterschiedlichen Besoldungsgruppen eine deutliche Abweichung von mindestens 5 Prozent festzustellen. Hiervon zeigen die Besoldungsgruppen A 5 und A 12 im Vergleich zu den übrigen Besoldungsgruppen eine viel stärkere Abweichung auf. Dies ist darauf zurückzuführen, dass nach den Vorgaben des BVerfG bei diesem Vergleich aus Gründen der Praktikabilität Besoldungs- und Entgeltgruppen einander ziffernmäßig zugeordnet werden sollen. Die Besoldungsgruppe A 4 ist beispielsweise mit der Entgeltgruppe E 4 bzw. Vergütungsgruppe VII, die Besoldungsgruppe A 5 mit der E5 bzw. VII zu vergleichen (BVerfG, a. a. O., Rn. 84).

Gerade bei den Besoldungsgruppen A 5 und A 12 führt diese Zuordnung aufgrund struktureller Änderungen im Rahmen der Umstellung vom BAT zum TV-L zu deutlicheren Abweichungen. Die Besoldungsgruppe A 5 wurde nach § 11 BAT als Vergütungsgruppe VIII als gleichwertig angesehen. Die Vergütungsgruppe VIII wurde bei der Überleitung in den TV-L der Entgeltgruppe 3 zugeordnet. Die Besoldungsgruppe A 12 wurde nach § 11 BAT als Vergütungsgruppe III gleichwertig angesehen. Die Vergütungsgruppe III wurde bei der Überleitung in den TV-L der Entgeltgruppe 11 zugeordnet. Nur in den Fällen, in denen aus der Vergütungsgruppe III der Aufstieg in die Vergütungsgruppe IIa möglich war, erfolgte eine Zuordnung in die Entgeltgruppe 12. Insbesondere eine Betrachtung der jeweiligen benachbarten Entgeltgruppen im Vergleich mit den Entgeltgruppen A 5 und A 12 zeigt, dass die Tarifentwicklung dort vergleichbar der Besoldungsentwicklung verlaufen ist.
Die vorgenommene Zuordnung in den beiden Entgeltgruppen bzw. Besoldungsgruppen stellt sich somit als nicht sachgerecht dar.

b) Nominallohnindex/Besoldungsindex

Für die jeweiligen Besoldungsgruppen ergibt sich folgendes Ergebnis:

Besoldungsordnung A

Jahr	A4	A5	A6	A7	A8	A9	A10	A11	A12	A13	A14	A15	A16
2023	-4,69	-4,42	-3,61	-2,68	-1,79	-0,85	0,02	1,08	1,54	1,99	2,32	2,75	3,09
2024	1,62	2,03	2,59	3,42	4,23	5,07	5,85	6,82	7,22	7,62	7,92	8,30	8,60
2025	-1,48	-0,99	-0,31	0,68	1,65	2,57	3,54	4,67	5,21	6,19	6,19	6,68	7,07
2026	-1,35	-0,79	-0,01	1,11	2,08	2,99	3,96	5,09	5,63	6,60	6,60	7,09	7,48
2027	-0,83	-0,25	0,56	1,72	2,69	3,59	4,56	5,68	6,21	7,18	7,18	7,67	8,05

Besoldungsordnung B

Jahr	B2	B3	B4	B5	B6	B7	B8	B9
2023	2,98	3,15	3,31	3,48	3,61	3,74	3,85	3,98
2024	8,49	8,64	8,78	8,93	9,05	9,15	9,25	9,37
2025	6,99	7,19	7,37	7,56	7,71	7,85	7,98	8,12
2026	7,40	7,60	7,78	7,96	8,12	8,26	8,38	8,53
2027	7,97	8,17	8,35	8,53	8,69	8,82	8,95	9,09

Besoldungsordnung R

Jahr	R1	R2	R3	R4	R5	R6	R7	R8
2023	2,83	3,10	3,15	3,31	3,48	3,61	3,74	3,85
2024	8,37	8,61	8,64	8,78	8,93	9,05	9,15	9,25
2025	6,78	7,09	7,19	7,37	7,56	7,71	7,85	7,98
2026	7,19	7,50	7,60	7,78	7,96	8,12	8,26	8,38
2027	7,76	8,07	8,17	8,35	8,53	8,69	8,82	8,95

Im Vergleich des Nominalindex zum Besoldungsindex ist in unterschiedlichen Besoldungsgruppen eine deutliche Abweichung von mindestens 5 Prozent festzustellen.

c) Verbraucherpreisindex/Besoldungsindex

Für die jeweiligen Besoldungsgruppen ergibt sich folgendes Ergebnis:

Besoldungsordnung A

Jahr	A4	A5	A6	A7	A8	A9	A10	A11	A12	A13	A14	A15	A16
2023	-3,75	-3,30	-2,68	-1,76	-0,87	0,05	0,92	1,97	2,43	2,87	3,20	3,62	3,96
2024	-0,44	-0,02	0,55	1,40	2,23	3,08	3,88	4,87	5,28	5,68	5,99	6,38	6,68
2025	-5,63	-5,12	-4,41	-3,39	-2,37	-1,42	-0,41	0,77	1,33	1,87	2,35	2,86	3,27
2026	-5,81	-5,22	-4,40	-3,23	-2,22	-1,27	-0,26	0,92	1,48	2,02	2,49	3,01	3,41
2027	-5,57	-4,96	-4,11	-2,89	-1,88	-0,94	0,07	1,25	1,80	2,34	2,81	3,33	3,73

Besoldungsordnung B

Jahr	B2	B3	B4	B5	B6	B7	B8	B9
2023	3,85	4,02	4,18	4,34	4,48	4,60	4,71	4,84
2024	6,57	6,73	6,87	7,02	7,14	7,25	7,36	7,47
2025	3,19	3,39	3,58	3,77	3,94	4,08	4,22	4,36
2026	3,33	3,54	3,73	3,92	4,08	4,22	4,36	4,51
2027	3,65	3,85	4,04	4,23	4,40	4,54	4,67	4,82

Besoldungsordnung R

Jahr	R1	R2	R3	R4	R5	R6	R7	R8
2023	3,71	3,97	4,02	4,18	4,34	4,48	4,60	4,71
2024	6,45	6,69	6,73	6,87	7,02	7,14	7,25	7,36
2025	2,96	3,28	3,39	3,58	3,77	3,94	4,08	4,22
2026	3,11	3,43	3,54	3,73	3,92	4,08	4,22	4,36
2027	3,43	3,75	3,85	4,04	4,23	4,40	4,54	4,67

Im Vergleich des Verbraucherpreisindex zum Besoldungsindex ist in unterschiedlichen Besoldungsgruppen eine deutliche Abweichung von mindestens 5 Prozent festzustellen.

2.6 Zusammenfassung Parametervergleich

Im Vergleich des Tariflohnindex, des Nominallohnindex und des Verbraucherpreisindex mit dem Besoldungsindex ist in unterschiedlichen Besoldungsgruppen eine deutliche Abweichung von mindestens 5 Prozent festzustellen.

2.7 Maßnahmen dieses Gesetzes

Um vor dem Hintergrund der Vorgaben des BVerfG eine verfassungsgemäße Alimentation sicherzustellen, sieht der Gesetzentwurf zum Ausgleich der Abweichungen eine Erhöhung der Grundgehaltssätze ab dem Jahre 2023 in unterschiedlicher Höhe vor:

Jahr	Besoldungsgruppen	Erhöhung
2023	A 4 bis A 8	1,7 %
	A 9 und A 10	3,6 %
	A 11	3,7 %
	A 12 bis A 16	3,6 %
	B 2 bis B 9	3,6 %
	R 1 bis R 8	3,6 %
	W 1 bis W 3	3,6 %
2024	A 4 bis A 8	Keine
	A 9	0,05 %
	A 10 bis A 14	Keine
	A 15 und A 16	0,5 %
	B 2 und B 3	0,5 %
	R 1 bis R 3	0,5 %
	B 4 und R 4	0,6 %
	B 5 und R 5	0,75 %
	B 6 und R 6	0,9 %
	B 7 und R 7	1,0 %
	B 8 und R 8	1,13 %
	B 9	1,25 %
	W 2 und W 3	0,5 %
2027	A 4 bis A 8	2,4 %
	A 9	0,45 %
	A 10	0,5 %
	A 11	0,4 %
	A 12 bis A 14	0,5 %
	B 2 bis B 9	Keine
	R 1 bis R 8	Keine
	W 1	0,5 %
	W 2 und W 3	Keine

Die Umsetzung erfolgt aufgrund der mit Beschluss des BVerfG vom 17. September 2025 geänderten Berechnungsmethode und knüpft an das Gesetz zur Gewährleistung einer amtsangemessenen Alimentation für das Jahr 2022 durch besoldungsgruppenspezifische lineare Anpassungen ab dem Jahre 2023 an.

Die Höhe der linearen Anpassungen unterscheidet sich zwischen den einzelnen Besoldungsgruppen. Dies beruht darauf, dass insbesondere die unteren Besoldungsgruppen in der Vergangenheit durch die Übertragung von Tarifergebnissen unter Einbeziehung sogenannter Mindest- oder Sockelbeträge prozentual stärkere Besoldungssteigerungen erfahren haben als die höheren Besoldungsgruppen. Der infolge der geänderten Berechnungsmethode bestehende Anpassungsbedarf fällt daher in den unteren Besoldungsgruppen geringer aus als in den höheren Besoldungsgruppen.

Die unterschiedlichen linearen Anpassungssätze gewährleisten gleichwohl in sämtlichen Besoldungsgruppen eine amtsangemessene Alimentation und tragen zugleich dem verfassungsrechtlich gebotenen Abstandsgebot unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Wertigkeit der Ämter Rechnung.

Zur dauerhaften Herstellung eines nahezu einheitlichen linearen Anpassungssatzes für alle Besoldungsgruppen werden die Besoldungsgruppen A 4 bis A 14 sowie die Besoldungsgruppe W 1 ab dem Jahr 2027 zusätzlich gestaffelte lineare

Besoldungsanpassungen erhalten. Hierdurch wird erreicht, dass ab diesem Zeitpunkt für alle Besoldungsgruppen eine nahezu einheitliche lineare Besoldungsanpassung bei einem Richtwert in Höhe von etwa 4,1 Prozent greift, der unter Beachtung der vorgegebenen Kriterien bei unteren und mittleren Besoldungsgruppen tendenziell geringfügig unterschritten und bei oberen Besoldungsgruppen überschritten wird, ohne das verfassungsrechtlich gebotene Abstandsgebot zu beeinträchtigen.

Im Ergebnis profitieren künftig alle Grundgehälter der einzelnen Besoldungsordnungen dauerhaft.

Unter Beachtung der vorgesehen Erhöhungen ergibt sich folgender Vergleich:

2.7.1 Besoldungsentwicklung im Saarland nach Erhöhung

Besoldungsordnung A

Jahr	A4	A5	A6	A7	A8	A9	A10	A11	A12	A13	A14	A15	A16
1996	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
1997	100,26	100,28	100,32	100,37	100,43	100,47	100,53	100,58	100,62	100,66	100,68	100,72	100,75
1998	101,83	101,86	101,89	101,95	102,01	102,06	102,12	102,17	102,21	102,25	102,28	102,32	102,35
1999	104,13	104,13	104,14	104,14	104,15	104,17	104,17	104,18	104,18	104,19	104,19	104,19	104,20
2000	105,49	105,49	105,48	105,48	105,47	105,47	105,46	105,45	104,95	104,99	105,02	105,06	105,09
2001	106,25	106,28	106,33	106,39	106,46	106,53	106,59	106,65	106,69	106,74	106,77	106,81	106,85
2002	108,40	108,43	108,48	108,55	108,61	108,69	108,76	108,82	108,87	108,91	108,95	108,99	109,03
2003	110,82	110,85	110,90	110,97	111,04	111,13	111,13	111,14	110,53	110,54	110,54	110,54	110,54
2004	110,34	110,39	110,47	110,23	110,34	110,16	110,31	110,09	110,19	110,28	110,36	110,10	110,17
2005	110,96	111,02	111,11	110,89	111,02	110,86	111,03	110,82	110,93	111,04	111,12	110,88	110,96
2006	109,60	109,50	109,35	109,12	108,91	108,45	108,24	107,53	107,44	107,35	107,29	107,20	107,13
2007	110,78	110,63	110,43	110,12	109,82	109,29	108,99	108,20	108,05	107,90	107,79	107,65	107,54
2008	111,87	111,76	111,62	111,39	111,19	110,74	110,53	109,82	109,73	109,65	109,58	109,50	109,44
2009	117,43	117,26	117,01	116,64	116,29	115,72	115,36	114,51	114,32	114,13	113,98	113,80	113,65
2010	119,35	119,16	118,91	118,52	118,15	117,57	117,18	116,32	116,11	115,91	115,76	115,56	115,41
2011	121,28	121,04	120,70	120,18	119,70	119,02	118,50	117,52	117,22	116,93	116,72	116,44	116,22
2012	120,72	120,53	120,27	119,88	119,51	118,92	118,53	117,66	117,45	117,24	117,09	116,89	116,74
2013	123,73	123,53	123,27	122,86	122,47	121,88	121,02	120,13	119,92	119,71	119,10	118,90	118,74
2014	126,16	125,96	125,69	125,28	124,89	124,28	123,50	122,59	122,37	122,16	121,64	121,43	121,27
2015	128,51	128,31	128,03	127,61	127,22	126,60	125,79	124,86	124,64	124,42	123,87	123,66	123,49
2016	131,31	131,03	130,65	130,08	129,54	128,81	127,86	126,92	126,69	126,47	125,86	125,65	125,48
2017	135,08	134,73	134,23	133,51	132,81	131,97	131,36	130,40	130,16	129,94	129,77	129,55	129,37
2018	136,99	136,63	136,13	135,40	134,68	133,84	133,22	132,24	132,00	131,77	131,60	131,38	131,20
2019	140,88	140,51	140,00	139,25	138,51	137,64	137,01	136,00	135,75	135,52	135,34	135,11	134,93
2020	146,15	145,77	145,24	144,46	143,70	142,79	142,14	141,09	140,84	140,59	140,41	140,17	139,98
2021	149,96	149,56	149,02	148,21	147,43	146,51	145,83	144,76	144,50	144,25	144,06	143,82	143,62
2022	157,07	156,46	155,61	154,35	153,14	151,85	150,68	149,21	148,62	148,05	147,63	147,09	146,65
2023	165,93	165,22	164,23	162,74	161,33	162,63	161,24	159,70	158,84	158,14	157,71	157,04	156,50
2024	164,98	164,31	163,36	161,96	160,61	162,06	160,66	159,19	158,37	157,72	157,31	157,45	156,94
2025	177,27	176,42	175,23	173,51	171,82	173,21	171,43	169,61	168,53	167,63	166,94	166,89	166,21
2026	182,29	181,28	179,88	177,92	176,19	177,62	175,80	173,92	172,82	171,90	171,19	171,14	170,44
2027	191,25	190,15	188,62	186,47	184,66	182,62	180,83	178,73	177,77	176,83	176,11	175,18	174,47

Besoldungsordnung B

Jahr	B2	B3	B4	B5	B6	B7	B8	B9
1996	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
1997	100,60	100,60	100,60	100,60	100,60	100,60	100,60	100,60
1998	102,60	102,60	102,60	102,60	102,60	102,60	102,60	102,61
1999	102,60	102,60	102,60	102,60	102,60	102,60	102,60	102,61
2000	105,35	105,36	105,36	105,36	105,36	105,36	105,36	105,36
2001	107,11	107,11	107,12	107,12	107,12	107,12	107,12	107,12
2002	109,30	109,30	109,30	109,31	109,31	109,31	109,31	109,31
2003	110,81	110,79	110,78	110,77	110,75	110,75	109,31	109,31
2004	110,28	110,02	109,78	109,54	109,33	109,15	105,26	105,08
2005	111,08	110,82	110,59	110,35	110,14	109,97	109,80	109,61
2006	107,36	107,32	107,28	107,23	107,20	107,16	107,13	107,10
2007	107,75	107,68	107,62	107,56	107,50	107,46	107,41	107,36
2008	109,67	109,63	109,58	109,54	109,51	109,47	109,44	109,41
2009	113,87	113,79	113,71	113,63	113,56	113,51	113,45	113,39

2010	115,63	115,54	115,46	115,37	115,30	115,24	115,18	115,12
2011	116,41	116,29	116,18	116,07	115,97	115,89	115,81	115,72
2012	116,96	116,87	116,78	116,70	116,63	116,57	116,51	116,44
2013	118,96	118,87	118,79	118,70	118,63	118,57	118,51	118,44
2014	121,50	121,41	121,32	121,23	121,16	121,09	121,03	120,96
2015	123,72	123,63	23,54	123,45	123,38	123,31	123,25	123,18
2016	125,72	125,63	125,54	125,45	125,37	125,30	125,24	125,17
2017	129,62	129,52	129,43	129,34	129,26	129,19	129,12	129,05
2018	131,45	131,35	131,26	131,16	131,08	131,01	130,75	130,87
2019	135,19	135,08	134,99	134,89	134,81	134,74	134,67	134,59
2020	140,25	140,14	140,04	139,94	139,85	139,78	139,71	139,63
2021	143,89	143,78	143,68	143,58	143,49	143,41	143,34	143,26
2022	146,85	146,62	146,42	146,20	146,03	145,87	145,72	145,56
2023	156,68	156,40	156,15	155,89	155,67	155,48	155,30	155,10
2024	157,14	156,88	156,79	156,78	156,81	156,78	156,81	156,81
2025	166,36	166,02	165,86	165,78	165,74	165,67	165,65	165,59
2026	170,59	170,24	170,08	170,00	169,96	169,88	169,87	169,81
2027	174,62	174,27	174,10	174,01	173,98	173,90	173,88	173,82

Besoldungsordnung R

Jahr	R1	R2	R3	R4	R5	R6	R7	R8
1996	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
1997	100,73	100,75	100,60	100,60	100,60	100,60	100,60	100,60
1998	102,33	102,35	102,60	102,60	102,60	102,60	102,60	102,60
1999	104,19	104,20	102,60	102,60	102,60	102,60	102,60	102,60
2000	105,07	105,09	105,36	105,36	105,36	105,36	105,36	105,36
2001	106,82	106,85	107,11	107,12	107,12	107,12	107,12	107,12
2002	109,00	109,03	109,30	109,30	109,31	109,31	109,31	109,31
2003	110,54	110,54	110,79	110,78	110,77	110,75	110,75	110,74
2004	110,12	110,17	110,02	109,78	109,54	109,33	109,15	108,98
2005	110,90	110,96	110,82	110,59	110,35	110,14	109,97	109,80
2006	107,18	107,13	107,32	107,28	107,23	107,20	107,16	107,13
2007	107,62	107,53	107,68	107,62	107,56	107,50	107,46	107,41
2008	109,49	109,43	109,63	109,58	109,54	109,51	109,47	109,44
2009	113,76	113,65	113,79	113,71	113,63	113,56	113,51	113,45
2010	115,53	115,40	115,54	115,46	115,37	115,30	115,24	115,18
2011	116,38	116,21	116,29	116,18	116,07	115,97	115,89	115,81
2012	116,85	116,73	116,87	116,78	116,70	116,63	116,57	116,51
2013	118,86	118,73	118,87	118,79	118,70	118,63	118,57	118,51
2014	121,39	121,26	121,41	121,32	121,23	121,16	121,09	121,03
2015	123,62	123,49	123,63	123,54	123,45	123,38	123,31	123,25
2016	126,05	125,92	125,63	125,54	125,45	125,37	125,30	125,24
2017	129,51	129,37	129,52	129,43	129,34	129,26	129,19	129,12
2018	131,34	131,20	131,35	131,26	131,16	131,08	131,01	130,95
2019	135,07	134,92	135,08	134,99	134,89	134,81	134,74	134,67
2020	140,12	139,97	140,14	140,04	139,94	139,85	139,78	139,71
2021	143,77	143,62	143,78	143,68	143,58	143,49	143,41	143,34
2022	146,98	146,64	146,62	146,42	146,20	146,03	145,87	145,72
2023	156,90	156,48	156,40	156,15	155,89	155,67	155,48	155,30
2024	157,32	156,93	156,88	156,79	156,78	156,81	156,78	156,81
2025	166,72	166,18	166,02	165,86	165,78	165,74	165,67	165,65
2026	170,97	170,41	170,24	170,08	170,00	169,96	169,88	169,87
2027	175,01	174,44	174,27	174,10	174,01	173,98	173,90	173,88

2.7.2 Vergleich der drei Parameter mit der Besoldung nach Erhöhung

a) Tariflohnindex/Besoldungsindex

Besoldungsordnung A

Jahr	A4	A5	A6	A7	A8	A9	A10	A11	A12	A13	A14	A15	A16
2023	4,52	8,71	4,75	1,59	-1,79	4,95	4,65	4,96	9,93	4,95	0,36	2,00	1,47
2024	4,61	8,79	4,83	1,64	-1,76	4,96	4,69	5,00	9,96	4,95	0,37	1,52	0,99
2025	4,70	8,86	4,91	1,78	-1,55	4,88	4,60	4,95	9,86	4,95	0,42	1,60	1,05
2026	4,50	8,68	4,82	1,80	-1,53	4,89	4,61	4,96	9,87	4,96	0,42	1,61	1,06
2027	2,11	6,41	2,48	-0,57	-3,98	4,45	4,12	4,57	9,42	4,48	-0,08	1,60	1,05

Besoldungsordnung B

Jahr	B2	B3	B4	B5	B6	B7	B8	B9
2023	1,36	1,53	1,69	1,85	1,99	2,11	2,22	2,35
2024	0,87	1,03	1,09	1,09	1,08	1,09	1,08	1,08
2025	0,96	1,16	1,26	1,31	1,33	1,37	1,38	1,42
2026	0,97	1,17	1,26	1,31	1,33	1,38	1,39	1,42
2027	0,96	1,16	1,25	1,30	1,32	1,37	1,38	1,41

Besoldungsordnung R

Jahr	R1	R2	R3	R4	R5	R6	R7	R8
2023	1,22	1,48	1,53	1,69	1,85	1,99	2,11	2,22
2024	0,75	1,00	1,03	1,09	1,09	1,08	1,09	1,08
2025	0,74	1,06	1,16	1,26	1,31	1,33	1,37	1,38
2026	0,75	1,07	1,17	1,26	1,31	1,33	1,38	1,39
2027	0,74	1,06	1,16	1,25	1,30	1,32	1,37	1,38

b) Nominallohnindex/Besoldungsindex

Besoldungsordnung A

Jahr	A4	A5	A6	A7	A8	A9	A10	A11	A12	A13	A14	A15	A16
2023	-6,38	-5,92	-5,29	-4,34	-3,44	-4,26	-3,37	-2,39	-1,83	-1,39	-1,11	-0,68	-0,33
2024	0,02	0,43	1,01	1,86	2,67	1,80	2,64	3,54	4,03	4,42	4,67	4,59	4,90
2025	-3,09	-2,59	-1,91	-0,90	0,08	-0,73	0,30	1,36	1,99	2,51	2,91	2,94	3,34
2026	-2,92	-2,35	-1,57	-0,46	0,52	-0,28	0,74	1,80	2,42	2,94	3,34	3,37	3,77
2027	-4,83	-4,23	-3,40	-2,22	-1,22	-0,10	0,87	2,02	2,55	3,07	3,46	3,97	4,36

Besoldungsordnung B

Jahr	B2	B3	B4	B5	B6	B7	B8	B9
2023	-0,45	-0,27	-0,11	0,06	0,20	0,32	0,43	0,56
2024	4,78	4,93	4,99	4,99	4,98	4,99	4,98	4,98
2025	3,25	3,45	3,54	3,59	3,61	3,66	3,67	3,70
2026	3,68	3,88	3,97	4,02	4,04	4,08	4,09	4,13
2027	4,28	4,47	4,56	4,61	4,63	4,67	4,68	4,72

Besoldungsordnung R

Jahr	R1	R2	R3	R4	R5	R6	R7	R8
2023	-0,59	-0,32	-0,27	-0,11	0,06	0,20	0,32	0,43
2024	4,67	4,91	4,93	4,99	4,99	4,98	4,99	4,98
2025	3,04	3,36	3,45	3,54	3,59	3,61	3,66	3,67
2026	3,47	3,78	3,88	3,97	4,02	4,04	4,08	4,09
2027	4,07	4,38	4,47	4,56	4,61	4,63	4,67	4,68

c) Verbraucherpreisindex/Besoldungsindex

Besoldungsordnung A

Jahr	A4	A5	A6	A7	A8	A9	A10	A11	A12	A13	A14	A15	A16
2023	-5,42	-4,97	-4,34	-3,40	-2,51	-3,33	-2,44	-1,47	-0,92	-0,48	-0,20	0,23	0,57
2024	-2,07	-1,65	-1,06	-0,19	0,64	-0,26	0,60	1,52	2,02	2,42	2,68	2,60	2,91
2025	-7,31	-6,79	-6,07	-5,03	-4,01	-4,85	-3,77	-2,67	-2,02	-1,48	-1,06	-1,03	-0,61
2026	-7,44	-6,85	-6,03	-4,87	-3,85	-4,69	-3,62	-2,52	-1,86	-1,32	-0,90	-0,87	-0,46
2027	-9,76	-9,13	-8,29	-7,02	-5,98	-4,81	-3,78	-2,58	-2,03	-1,49	-1,08	-0,54	-0,13

Besoldungsordnung B

Jahr	B2	B3	B4	B5	B6	B7	B8	B9
2023	0,46	0,63	0,79	0,95	1,09	1,21	1,33	1,46
2024	2,79	2,95	3,00	3,01	2,99	3,01	2,99	2,99
2025	-0,70	-0,50	-0,40	-0,35	-0,33	-0,28	-0,27	-0,24
2026	-0,55	-0,34	-0,25	-0,20	-0,18	-0,13	-0,12	-0,09
2027	-0,22	-0,02	0,08	0,13	0,15	0,19	0,20	0,24

Besoldungsordnung R

Jahr	R1	R2	R3	R4	R5	R6	R7	R8
2023	0,31	0,58	0,63	0,79	0,95	1,09	1,21	1,33
2024	2,67	2,92	2,95	3,00	3,01	2,99	3,01	2,99
2025	-0,92	-0,60	-0,50	-0,40	-0,35	-0,33	-0,28	-0,27
2026	-0,77	-0,45	-0,34	-0,25	-0,20	-0,18	-0,13	-0,12
2027	-0,44	-0,12	-0,02	0,08	0,13	0,15	0,19	0,20

2.7.3 Zusammenfassung Parametervergleich nach Erhöhung

Nach den dargestellten Erhöhungen werden die vom BVerfG vorgegebenen Maßstäbe im Rahmen des Vergleichs des Besoldungsindexes mit den drei volkswirtschaftlichen Indizes grundsätzlich eingehalten.

Für die Besoldungsgruppen A 5 und A 12 ergibt sich auch danach weiterhin eine Abweichung von mehr als fünf Prozent. Wie bereits dargestellt, beruht diese ausschließlich auf der vom BVerfG vorgegebenen, im Ergebnis jedoch als nicht systemkonform angesehenen Zuordnung der Besoldungsgruppen zu den Entgelt- beziehungsweise Vergütungsgruppen. Die verbleibende Abweichung ist daher methodisch bedingt und wird in die Bewertung nicht einbezogen.

2.8 Vierter Parameter: Einhaltung des Abstandsgebotes

Der vierte Parameter ergibt sich aus einem systeminternen Besoldungsvergleich, dem das Abstandsgebot als eigenständiger hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums zugrunde liegt (BVerfG, a. a. O., Rn. 89).

Im ersten Fall ergibt sich die indizielle Bedeutung aus dem Umstand, dass es infolge unterschiedlich hoher linearer oder zeitlich verzögerter Besoldungsanpassungen zu einer deutlichen Verringerung der Abstände (Abschmelzung) zwischen zwei zu vergleichenden Besoldungsgruppen kommt (unmittelbarer Verstoß). Diese Schwelle ist nicht erst dann überschritten, wenn die Abstände ganz oder im Wesentlichen eingeebnet werden, sondern schon dann, wenn die Abstände um mindestens 10 % in den zurückliegenden fünf Jahren abgeschmolzen wurden (BVerfG, a. a. O., Rn. 90).

Da wie unter 2.7 dargestellt, die Beträge in den Besoldungsgruppen linear angepasst werden müssen und sich die Abstände dadurch verändern, werden dem Vergleich diese neuen Werte zugrunde gelegt. Exemplarisch stellt sich dies wie folgt dar:

Für das Jahr 2023:

Systeminterner Besoldungsabstand 2023										
Bruttojahresbezug 2018		Abstand zur Bes.Gr.			Bruttojahresbezug 2023		Abstand zur Bes.Gr.			Veränderung gegenüber 2018
Bes.Gr.	Betrag	Bes.Gr.	in %		Bes.Gr.	Betrag	Bes.Gr.	in %		in %
A 4	29.033,28 €				A 4	35.166,36 €				
A 5	30.010,40 €	A 4	3,37		A 5	36.289,20 €	A 4	3,19		-5,13
A 6 m.D.	31.733,36 €	A 5	5,74		A 6 m.D.	38.264,88 €	A 5	5,44		-5,17
A 7	34.063,00 €	A 6 m.D.	7,34		A 7	40.942,32 €	A 6 m.D.	7,00		-4,69
A 8	36.925,28 €	A 7	8,40		A 8	44.231,76 €	A 7	8,03		-4,39
A 9 g.D.	39.811,04 €	A 8	7,82		A 9 g.D.	48.365,28 €	A 8	9,35		19,58
A 10	44.414,68 €	A 9 g.D.	11,56		A 10	53.754,72 €	A 9 g.D.	11,14		-3,64
A 11	49.074,40 €	A 10	10,49		A 11	59.264,16 €	A 10	10,25		-2,31
A 12	53.963,48 €	A 11	9,96		A 12	64.933,68 €	A 11	9,57		-3,98

A 13	59.780,72 €	A 12	10,78		A 13	71.744,16 €	A 12	10,49		-2,70
A 14	64.961,28 €	A 13	8,67		A 14	77.851,32 €	A 13	8,51		-1,77
A 15	73.253,44 €	A 14	12,76		A 15	87.558,96 €	A 14	12,47		-2,31
A 16	81.519,36 €	A 15	11,28		A 16	97.236,00 €	A 15	11,05		-2,06
B 2	84.974,32 €	A 16	4,24		B 2	101.280,72 €	A 16	4,16		-1,85
B 3	89.936,56 €	B 2	5,84		B 3	107.090,16 €	B 2	5,74		-1,78
B 4	95.133,44 €	B 3	5,78		B 4	113.174,28 €	B 3	5,68		-1,68
B 5	101.096,20 €	B 4	6,27		B 5	120.154,80 €	B 4	6,17		-1,59
B 6	106.726,76 €	B 5	5,57		B 6	126.746,52 €	B 5	5,49		-1,50
B 7	112.203,68 €	B 6	5,13		B 7	133.158,48 €	B 6	5,06		-1,42
B 8	117.912,32 €	B 7	5,09		B 8	139.841,88 €	B 7	5,02		-1,35
B 9	125.000,32 €	B 8	6,01		B 9	148.139,88 €	B 8	5,93		-1,29
R 1	75.131,96 €	A 13	25,68		R 1	89.758,20 €	A 13	25,11		-2,22
R 2	81.861,64 €	R 1	8,96		R 2	97.636,80 €	R 1	8,78		-2,00

Für das Jahr 2024:

Systeminterner Besoldungsabstand 2024										
Bruttojahresbezug 2019		Abstand zur Bes.Gr.			Bruttojahresbezug 2024		Abstand zur Bes.Gr.			Veränderung gegenüber 2019
Bes.Gr.	Betrag	Bes.Gr.	in %		Bes.Gr.	Betrag	Bes.Gr.	in %		in %
A 4	29.858,37 €				A 4	34.966,36 €				
A 5	30.863,30 €	A 4	3,37		A 5	36.089,20 €	A 4	3,21		-4,59
A 6 m.D.	32.635,24 €	A 5	5,74		A 6 m.D.	38.067,02 €	A 5	5,48		-4,54
A 7	35.031,15 €	A 6 m.D.	7,34		A 7	40.744,46 €	A 6 m.D.	7,03		-4,20
A 8	37.974,74 €	A 7	8,40		A 8	44.033,90 €	A 7	8,07		-3,92
A 9 g.D.	40.942,51 €	A 8	7,82		A 9 g.D.	48.197,28 €	A 8	9,45		20,98
A 10	45.677,01 €	A 9 g.D.	11,56		A 10	53.564,04 €	A 9 g.D.	11,13		-3,71
A 11	50.469,14 €	A 10	10,49		A 11	59.073,48 €	A 10	10,29		-1,96
A 12	55.497,17 €	A 11	9,96		A 12	64.743,00 €	A 11	9,60		-3,67
A 13	61.479,75 €	A 12	10,78		A 13	71.553,48 €	A 12	10,52		-2,42
A 14	66.807,53 €	A 13	8,67		A 14	77.651,32 €	A 13	8,52		-1,66
A 15	75.335,33 €	A 14	12,76		A 15	87.787,72 €	A 14	13,05		2,26
A 16	83.836,14 €	A 15	11,28		A 16	97.513,24 €	A 15	11,08		-1,82
B 2	87.389,29 €	A 16	4,24		B 2	101.578,12 €	A 16	4,17		-1,64
B 3	92.492,60 €	B 2	5,84		B 3	107.416,60 €	B 2	5,75		-1,57
B 4	97.837,19 €	B 3	5,78		B 4	113.642,56 €	B 3	5,80		0,31
B 5	103.969,32 €	B 4	6,27		B 5	120.842,44 €	B 4	6,34		1,08
B 6	109.759,92 €	B 5	5,57		B 6	127.671,04 €	B 5	5,65		1,46
B 7	115.392,54 €	B 6	5,13		B 7	134.272,12 €	B 6	5,17		0,75
B 8	121.263,39 €	B 7	5,09		B 8	141.201,76 €	B 7	5,16		1,44
B 9	128.552,86 €	B 8	6,01		B 9	149.769,16 €	B 8	6,07		0,94
R 1	77.267,17 €	A 13	25,68		R 1	89.998,00 €	A 13	25,78		0,38
R 2	84.188,19 €	R 1	8,96		R 2	97.915,96 €	R 1	8,80		-1,78

Für das Jahr 2025:

Systeminterner Besoldungsabstand 2025										
Bruttojahresbezug 2020		Abstand zur Bes.Gr.			Bruttojahresbezug 2025		Abstand zur Bes.Gr.			Veränderung gegenüber 2020
Bes.Gr.	Betrag	Bes.Gr.	in %		Bes.Gr.	Betrag	Bes.Gr.	in %		in %
A 4	30.975,99 €				A 4	37.569,59 €				
A 5	32.018,58 €	A 4	3,37		A 5	38.749,08 €	A 4	3,14		-6,72
A 6 m.D.	33.856,81 €	A 5	5,74		A 6 m.D.	40.837,81 €	A 5	5,39		-6,11
A 7	36.342,46 €	A 6 m.D.	7,34		A 7	43.650,22 €	A 6 m.D.	6,89		-6,20
A 8	39.396,23 €	A 7	8,40		A 8	47.105,54 €	A 7	7,92		-5,79
A 9 g.D.	42.475,16 €	A 8	7,82		A 9 g.D.	51.516,46 €	A 8	9,36		19,82
A 10	47.386,83 €	A 9 g.D.	11,56		A 10	57.153,82 €	A 9 g.D.	10,94		-5,37
A 11	52.358,37 €	A 10	10,49		A 11	62.941,01 €	A 10	10,13		-3,49
A 12	57.574,56 €	A 11	9,96		A 12	68.896,31 €	A 11	9,46		-5,03
A 13	63.781,07 €	A 12	10,78		A 13	76.050,21 €	A 12	10,38		-3,68
A 14	69.308,28 €	A 13	8,67		A 14	82.406,59 €	A 13	8,36		-3,55
A 15	78.155,21 €	A 14	12,76		A 15	93.054,05 €	A 14	12,92		1,22
A 16	86.974,24 €	A 15	11,28		A 16	103.269,84 €	A 15	10,98		-2,71
B 2	90.660,39 €	A 16	4,24		B 2	107.539,65 €	A 16	4,13		-2,44
B 3	95.954,73 €	B 2	5,84		B 3	113.672,49 €	B 2	5,70		-2,34
B 4	101.499,45 €	B 3	5,78		B 4	120.212,39 €	B 3	5,75		-0,44
B 5	107.861,04 €	B 4	6,27		B 5	127.775,27 €	B 4	6,29		0,38
B 6	113.868,36 €	B 5	5,57		B 6	134.948,17 €	B 5	5,61		0,79
B 7	119.711,82 €	B 6	5,13		B 7	141.882,00 €	B 6	5,14		0,12
B 8	125.802,47 €	B 7	5,09		B 8	149.161,00 €	B 7	5,13		0,84
B 9	133.364,80 €	B 8	6,01		B 9	158.160,37 €	B 8	6,03		0,37
R 1	80.159,36 €	A 13	25,68		R 1	95.375,76 €	A 13	25,41		-1,04
R 2	87.339,52 €	R 1	8,96		R 2	103.692,91 €	R 1	8,72		-2,65

Für das Jahr 2026:

Systeminterner Besoldungsabstand 2026										
Bruttojahresbezug 2021		Abstand zur Bes.Gr.			Bruttojahresbezug 2026		Abstand zur Bes.Gr.			Veränderung gegenüber 2021
Bes.Gr.	Betrag	Bes.Gr.	in %		Bes.Gr.	Betrag	Bes.Gr.	in %		in %
A 4	31.781,58 €				A 4	38.633,52 €				
A 5	32.851,23 €	A 4	3,37		A 5	39.818,16 €	A 4	3,07		-8,89
A 6 m.D.	34.737,36 €	A 5	5,74		A 6 m.D.	41.922,30 €	A 5	5,28		-7,96
A 7	37.287,60 €	A 6 m.D.	7,34		A 7	44.761,38 €	A 6 m.D.	6,77		-7,75
A 8	40.420,83 €	A 7	8,40		A 8	48.304,68 €	A 7	7,92		-5,79
A 9 g.D.	43.579,80 €	A 8	7,82		A 9 g.D.	52.827,81 €	A 8	9,36		19,81
A 10	48.619,17 €	A 9 g.D.	11,56		A 10	58.608,66 €	A 9 g.D.	10,94		-5,37
A 11	53.719,98 €	A 10	10,49		A 11	64.543,14 €	A 10	10,13		-3,49
A 12	59.071,83 €	A 11	9,96		A 12	70.650,06 €	A 11	9,46		-5,03
A 13	65.439,78 €	A 12	10,78		A 13	77.986,02 €	A 12	10,38		-3,68
A 14	71.110,71 €	A 13	8,67		A 14	84.504,24 €	A 13	8,36		-3,55
A 15	80.187,69 €	A 14	12,76		A 15	95.422,71 €	A 14	12,92		1,22
A 16	89.236,11 €	A 15	11,28		A 16	105.898,53 €	A 15	10,98		-2,71
B 2	93.018,12 €	A 16	4,24		B 2	110.277,06 €	A 16	4,13		-2,44
B 3	98.450,16 €	B 2	5,84		B 3	116.565,99 €	B 2	5,70		-2,34
B 4	104.139,03 €	B 3	5,78		B 4	123.272,40 €	B 3	5,75		-0,43
B 5	110.666,04 €	B 4	6,27		B 5	131.027,76 €	B 4	6,29		0,38

B 6	116.829,54 €	B 5	5,57		B 6	138.383,25 €	B 5	5,61		0,79
B 7	122.825,01 €	B 6	5,13		B 7	145.493,58 €	B 6	5,14		0,12
B 8	129.074,07 €	B 7	5,09		B 8	152.957,88 €	B 7	5,13		0,84
B 9	136.833,09 €	B 8	6,01		B 9	161.186,33 €	B 8	6,03		0,37
R 1	82.244,01 €	A 13	25,68		R 1	97.803,51 €	A 13	25,41		-1,04
R 2	89.610,87 €	R 1	8,96		R 2	106.332,45 €	R 1	8,72		-2,64

Für das Jahr 2027:

Systeminterner Besoldungsabstand 2027										
Bruttojahresbezug 2022		Abstand zur Bes.Gr.			Bruttojahresbezug 2027		Abstand zur Bes.Gr.			Veränderung gegenüber 2022
Bes.Gr.	Betrag	Bes.Gr.	in %		Bes.Gr.	Betrag	Bes.Gr.	in %		in %
A 4	33.289,43 €				A 4	40.532,46 €				
A 5	34.366,05 €	A 4	3,23		A 5	41.765,74 €	A 4	3,04		-5,92
A 6 m.D.	36.264,55 €	A 5	5,52		A 6 m.D.	43.950,86 €	A 5	5,23		-5,29
A 7	38.831,45 €	A 6 m.D.	7,08		A 7	46.911,52 €	A 6 m.D.	6,74		-4,83
A 8	41.985,19 €	A 7	8,12		A 8	50.625,70 €	A 7	7,92		-2,51
A 9 g.D.	45.164,79 €	A 8	7,57		A 9 g.D.	54.313,80 €	A 8	7,29		-3,80
A 10	50.237,12 €	A 9 g.D.	11,23		A 10	60.287,24 €	A 9 g.D.	11,00		-2,07
A 11	55.371,27 €	A 10	10,22		A 11	66.327,68 €	A 10	10,02		-1,96
A 12	60.758,13 €	A 11	9,73		A 12	72.674,80 €	A 11	9,57		-1,64
A 13	67.167,74 €	A 12	10,55		A 13	80.221,80 €	A 12	10,38		-1,56
A 14	72.875,74 €	A 13	8,50		A 14	86.934,20 €	A 13	8,37		-1,54
A 15	82.012,09 €	A 14	12,54		A 15	97.678,22 €	A 14	12,36		-1,42
A 16	91.119,69 €	A 15	11,11		A 16	108.401,66 €	A 15	10,98		-1,14
B 2	94.926,43 €	A 16	4,18		B 2	112.883,72 €	A 16	4,13		-1,03
B 3	100.394,00 €	B 2	5,76		B 3	119.321,26 €	B 2	5,70		-0,99
B 4	106.120,05 €	B 3	5,70		B 4	126.186,16 €	B 3	5,75		0,87
B 5	112.689,74 €	B 4	6,19		B 5	134.124,88 €	B 4	6,29		1,62
B 6	118.893,55 €	B 5	5,51		B 6	141.654,20 €	B 5	5,61		1,97
B 7	124.928,23 €	B 6	5,08		B 7	148.932,58 €	B 6	5,14		1,23
B 8	131.218,16 €	B 7	5,03		B 8	156.573,36 €	B 7	5,13		1,90
B 9	139.027,94 €	B 8	5,95		B 9	166.019,88 €	B 8	6,03		1,37
R 1	84.081,87 €	A 13	25,18		R 1	100.115,24 €	A 13	24,80		-1,52
R 2	91.496,89 €	R 1	8,82		R 2	108.845,88 €	R 1	8,72		-1,11

Wie die obenstehenden Tabellen zeigen, haben sich die relativen Abstände zwischen den einzelnen Besoldungsgruppen jeweils innerhalb der zurückliegenden fünf Jahre, die das BVerfG für die Abstandsprüfung heranzieht, nicht um mindestens 10 % vermindert.

Eine Abstandsverringerung, die als Indiz für einen Verstoß gegen Artikel 33 Absatz 5 GG gewertet werden könnte, liegt somit in keinem Fall vor.

Im zweiten Fall folgt die indizielle Bedeutung aus der Unterschreitung der gebotenen Mindestbesoldung in einer niedrigen Besoldungsgruppe (mittelbarer Verstoß). Ein Unterschreiten der Mindestbesoldung betrifft insofern das gesamte Besoldungsgefüge, als sich der vom Besoldungsgesetzgeber selbst gesetzte Ausgangspunkt für die Besoldungsstaffelung als fehlerhaft erweist (BVerfG, a. a. O., Rn. 91).

Wie festgestellt, liegt kein Unterschreiten der Mindestbesoldung vor.

Das Abstandgebot ist in beiden Fällen eingehalten.

2.8 Zusammenfassung der ersten Prüfungsstufe

Durch die lineare Erhöhung der Grundgehaltssätze in den einzelnen Besoldungsgruppen in den Jahren 2023, 2024 und 2027 wird die Verfassungskonformität der Alimentation im Saarland im Rahmen der ersten Prüfungsstufe für den Zeitraum 2023 bis 2027 sichergestellt.

3. Zweite Prüfungsstufe

3.1 Allgemein

Auf der zweiten Prüfungsstufe sind die Ergebnisse der ersten Stufe mit weiteren alimentationsrelevanten Kriterien im Rahmen einer wertenden Betrachtung zusammenzuführen (BVerfG, a. a. O., Rn. 94).

Den vier Parametern der ersten Prüfungsstufe kommt für die wertende Betrachtung der zweiten Prüfungsstufe eine Steuerungsfunktion hinsichtlich Prüfrichtung und -tiefe zu.
Sind mindestens zwei Parameter erfüllt, besteht die Vermutung einer verfassungswidrigen Unterbesoldung, die im Rahmen der wertenden Betrachtung sowohl widerlegt, als auch erhärtet werden kann.

Wird umgekehrt kein Parameter erfüllt, wird eine angemessene Besoldung vermutet.

Ist genau ein Parameter erfüllt, müssen die Ergebnisse der ersten Stufe, insbesondere das Maß der Über- bzw. Unterschreitung der Parameter, zusammen mit den auf der zweiten Stufe ausgewerteten alimentationsrelevanten Kriterien im Rahmen der wertenden Betrachtung eingehend gewürdigt werden (BVerfG, a. a. O., Rn. 96)

Wie unter Punkt 2.7 und 2.8 dargelegt, werden infolge der rückwirkenden linearen Erhöhungen der Grundgehälter und der hierdurch bedingten Nachzahlungen die vorgeschriebenen Vergleiche der Besoldung mit den volkswirtschaftlichen Indizes sowie die Vorgaben zum Abstandgebot weitestgehend eingehalten. Abweichungen in den Besoldungsgruppen A 5 und A 12 sind aus den dargelegten Gründen nicht zu berücksichtigen.

3.2 Beihilfe und Versorgung

Alimentationsrelevante Kriterien sind unter anderem die Entwicklungen in der Beihilfe und der Versorgung.

Der Umfang der Beihilfe ist bei einer Gesamtbetrachtung der maßgebenden wirtschaftlichen Verhältnisse mit zu berücksichtigen. Die Höhe der prozentualen Bezuschussung in Form von Beihilfe (Beihilfebemessungssatz) wirkt sich wirtschaftlich gesehen auf die Höhe des Einkommens aus (BVerfG, a. a. O., Rn 71). Die Amtsangemessenheit der Besoldung ist daher auch im Lichte des Niveaus der Beihilfeleistungen zu bewerten.

Im Bereich Beihilfe besteht weiterhin die Notwendigkeit und Verpflichtung der saarländischen Beamtinnen und Beamten, durch die Entrichtung einer Kostendämpfungspauschale an der Haushaltssanierung mitzuwirken. Dies entspricht den Gegebenheiten in der gesetzlichen Krankenversicherung, Zuzahlungen zu Medikamenten oder ärztlichen Behandlungen zu leisten. Stellt dies eine finanzielle Belastung in unterschiedlicher, gestaffelter Höhe für die Beamtinnen und Beamten dar, so ist festzuhalten, dass dem auch positive Maßnahmen gegenüberstehen: Die Kostendämpfungspauschale wurde seit ihrer Einführung 2011 nicht weiter erhöht und ab Januar 2026 um 50 € pro Jahr verringert. Der Bemessungssatz für

Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger und deren berücksichtigungsfähige Angehörige beträgt auf Antrag 80 vom Hundert, wenn der Beitragsaufwand für die beihilfekonforme private Krankenversicherung 15 vom Hundert der Versorgungsbezüge übersteigt.

Außerdem wurde in der Beihilfeverordnung die überholte Anlage Heilmittel gestrichen und ersetzt durch einen dynamischen Verweis auf die bundesrechtlichen Bestimmungen. Damit ist sichergestellt, dass die saarländischen Beamtinnen und Beamten im Bereich der Heilmittelversorgung unmittelbar und in gleichem Maße an der Fortentwicklung im Gesundheitswesen teilhaben können, wie die Beamtinnen und Beamten des Bundes und der anderen Länder, soweit sie dem Bundesbeihilferecht hier auch folgen.

Im Bereich des Beamtenversorgungsrechts haben sich ab dem Betrachtungszeitraum 2023 keine strukturellen Änderungen im Versorgungsrecht ergeben. Lediglich die Beträge der einmaligen Unfallentschädigung und einmaligen Entschädigung wurden auf das Niveau des Bundes und weiterer Länder angehoben und die Beträge des Unfallausgleichs in das Saarländischen Beamtenversorgungsgesetz übernommen und entsprechend fortgeschrieben.

3.3 Zusammenfassung

Auch nach wertender Betrachtung ergeben sich auf der zweiten Prüfungsstufe keine Hinweise für eine Unteralimentation.

4. Umsetzung der Rechtsprechung des BVerfG zur Alimentation kinderreicher Familien

Mit seinem Beschluss vom 4. Mai 2020, Az.: 2 BvL 6/17 u.a., hat das BVerfG entschieden, dass die Besoldung von Richtern und Staatsanwälten in Nordrhein-Westfalen in der Besoldungsgruppe R 2 mit drei bzw. vier Kindern in den Jahren 2013 bis 2015 nicht amtsangemessen und somit mit Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes unvereinbar war.

Im Rahmen dieser Entscheidung hat das BVerfG die in seiner bisherigen Rechtsprechung zur Alimentation kinderreicher Familien (BVerfG, Beschlüsse vom 30. März 1977, Az.: 2 BvR 1039/75, vom 22. März 1990, Az.: 2 BvL 1/86 und vom 24. November 1998, Az.: 2 BvL 26/91) entwickelten verfassungsrechtlichen Maßstäbe bestätigt und weiter konkretisiert.

Danach hat der Besoldungsgesetzgeber die Besoldung so zu regeln, dass Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter nicht vor die Wahl gestellt werden, entweder eine ihrem Amt angemessene Lebensführung aufrecht zu erhalten oder, unter Verzicht darauf, eine Familie zu haben und diese entsprechend den damit übernommenen Verpflichtungen angemessen zu unterhalten (BVerfG, Beschluss vom 4. Mai 2020, Az.: 2 BvL 6/17 u.a., Rn. 29).

Ist die Grundbesoldung so bemessen, dass sie (zusammen mit den Familienzuschlägen für die Ehepartnerin oder den Ehepartner und die ersten beiden Kinder) für eine vierköpfige Familie angemessen ist, überschreitet der Gesetzgeber seinen Gestaltungsspielraum, wenn er den Besoldungsempfängerinnen und Besoldungsempfängern zumutet, für den Unterhalt dritter und weiterer Kinder auf die familienneutralen Bezügebestandteile zurückzugreifen (BVerfG, Beschluss vom 4. Mai 2020, Az.: 2 BvL 6/17 u.a., Rn. 30).

Der für das dritte und die weiteren Kinder entstehende zusätzliche Bedarf ist vom Dienstherrn über die Alimentation der Zwei-Kinder-Familie hinaus zu decken.

In seinem aktuellen Beschluss, mit dem das BVerfG die neue Prüfungsstruktur zur Feststellung einer amtsangemessenen Alimentation entwickelt hat, nimmt es keine Stellung zu der Frage, nach welchen Maßstäben die amtsangemessene Alimentation von Familien mit drei oder mehr Kindern zu bemessen ist. Die bisherige Rechtsprechung des BVerfG, wonach sich der zusätzlich zu deckende alimentative Bedarf des dritten und jedes weiteren Kindes am Niveau der Grundsicherung orientiert, lässt sich jedoch nicht ohne Weiteres in die nunmehr vorgegebene Methodik zur Ermittlung der Mindestalimentation einfügen. Hinzu kommt, dass sich das BVerfG mit Hinweis auf den erheblichen Prüfungsaufwand ausdrücklich vom Maßstab des Grundsicherungsniveaus distanziert hat (Beschluss vom 17. September 2025 – Az.: 2 BvL 20/17 u. a. –, Rn. 63 sowie 72 bis 74). Vor diesem Hintergrund obliegt es dem Gesetzgeber, die vom BVerfG ausdrücklich offengelassene Frage der Bemessung einer amtsangemessenen Alimentation für Familien mit drei oder mehr Kindern im Rahmen seines verfassungsrechtlich eingeräumten Gestaltungsspielraums eigenständig zu beantworten.

Ein Festhalten an den bisher geltenden Grundsätzen ist somit nach den Ausführungen des BVerfG nicht mehr sachgerecht.

Die Berechnungsgrundlage wird daher angepasst.

4.1 Berechnung des alimentationsrechtlichen Mehrbedarfs für das dritte und jedes weitere Kind

Da die Ermittlung der Mindestalimentation nunmehr an der Prekaritätsschwelle des Median-Äquivalenzeinkommens auszurichten ist, bedarf es einer Festlegung des für das dritte und jedes weitere Kind anzuwendenden Äquivalenzfaktors. Mit Blick auf die Altersstruktur der Kinder erscheint weder eine pauschale Anwendung des für Kinder unter 14 Jahren geltenden Faktors von 0,3 noch des für Erwachsene beziehungsweise ältere Kinder maßgeblichen Faktors von 0,5 sachgerecht.

Pauschalisierungen wurden vom BVerfG bisher als zulässig angesehen (BVerfG vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 6/17 u.a. – Rn. 43 f). Daher wird für Kinder bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres ein gewichteter und gerundeter Äquivalenzfaktor von 0,35 zugrunde gelegt. Dieser ergibt sich aus der gewichteten Berücksichtigung der jeweiligen Altersgruppen aufgrund folgender Berechnungsformel:

$(14 \times 0{,}3 + 4 \times 0{,}5) \div 18 = 0{,}344.$

Bei Anwendung des Faktors 0,35 ergeben sich für das Saarland die folgenden Werte:

Jahr	Median-Äquivalenzeinkommen	Prekaritätsschwelle Faktor 0,8	Faktor 0,35	Jahresnettomehrbedarf
2023	1.986,00 €	1.588,80 €	556,08 €	6.672,96 €
2024	2.038,00 €	1.630,40 €	570,64 €	6.847,68 €
2025	2.123,00 €	1.698,40 €	594,44 €	7.133,28 €
2026 Prognose	2.183,00 €	1.746,40 €	611,24 €	7.334,88 €
2027 Prognose	2.244,00 €	1.795,20 €	628,32 €	7.539,84 €

Da die Daten zum Median-Äquivalenzeinkommen lediglich bis zum Jahr 2025 vorliegen, musste der Jahresnettomehrbedarf für die dritten und weiteren Kinder prognostiziert werden. Hierzu wurde die durchschnittliche Entwicklung der bekannten Median-Äquivalenzwerte für die Jahre 2021 bis 2025 (2,8 %) auf die Jahre 2026 und 2027 angewendet.

4.2 Berechnung der zur Deckung des zusätzlichen Alimentationsbedarfs für dritte und weitere Kinder notwendigen Bruttobeträge des Familienzuschlags

Da die zuvor aufgeführten Werte Nettobeträge darstellen, ist das an den Beamten auszuzahlende Brutto anhand eines fiktiven Beamten in der Besoldungsgruppe B 9 (höchste Steuerlast) wie folgt zu errechnen:

Für das Jahr 2023:

2023				
Median-Äquivalenzeinkommen				1.986,00 €
Jahresnettomehrbedarf ab dem 3. Kind				6.672,96 €
Besoldungsgruppe B 9				
	Ehepaar mit 2 Kindern	Ehepaar mit 3 Kindern	Ehepaar mit 4 Kindern	Ehepaar mit 5 Kindern
Grundgehalt	146.339,88 €	146.339,88 €	146.339,88 €	146.339,88 €
Familienzuschlag				
Verheiratetenzuschlag	1.737,24 €	1.737,24 €	1.737,24 €	1.737,24 €
Kinderzuschlag 1. Kind	1.746,00 €	1.746,00 €	1.746,00 €	1.746,00 €
Kinderzuschlag 2. Kind	1.746,00 €	1.746,00 €	1.746,00 €	1.746,00 €
Kinderzuschlag 3. Kind		6.763,00 €	6.763,00 €	6.763,00 €
Kinderzuschlag 4. Kind			6.763,00 €	6.763,00 €
Kinderzuschlag 5. Kind				6.763,00 €
Bruttojahresbezug	151.569,12 €	158.332,12 €	165.095,12 €	171.858,12 €
BEG-Anteil PKV und PflegepflichtV (Monatsbetrag)	264,70 €	293,50 €	322,30 €	351,10 €
abzüglich				
Lohnsteuer StKl. 3	41.846,00 €	44.542,00 €	47.236,00 €	49.932,00 €
zuzüglich				
Inflationsausgleichszahlung	1.800,00 €	1.800,00 €	1.800,00 €	1.800,00 €
Nettojahresbezug aus Beamtenverhältnis	111.523,12 €	115.590,12 €	119.659,12 €	123.726,12 €
abzüglich…				
Beiträge PKV und PflegepflichtV (Jahresbetrag)				
PKV	2.748,00 €	2.748,00 €	2.748,00 €	2.748,00 €
PKV Kinder	864,00 €	1.296,00 €	1.728,00 €	2.160,00 €
Pflegepflichtversicherung	286,80 €	286,80 €	286,80 €	286,80 €
Kostendämpfungspauschale	670,00 €	630,00 €	590,00 €	550,00 €
zuzüglich…				
Kindergeld	6.000,00 €	9.000,00 €	12.000,00 €	15.000,00 €
verfügbares Netto	112.954,32 €	119.629,32 €	126.306,32 €	132.981,32 €
Nettomehrbetrag für hinzugekommenes Kind (Jahresbetrag)		6.675,00 €	6.677,00 €	6.675,00 €

Jahreszielbetrag (netto)		6.672,96 €	6.672,96 €	6.672,96 €

Für das Jahr 2024:

2024				
Median-Äquivalenzeinkommen				2.038,00 €
Jahresnettomehrbedarf ab dem 3. Kind				6.847,68 €
Besoldungsgruppe B 9				
	Ehepaar mit 2 Kindern	Ehepaar mit 3 Kindern	Ehepaar mit 4 Kindern	Ehepaar mit 5 Kindern
Grundgehalt	148.569,16 €	148.549,16 €	148.549,16 €	148.549,16 €
Familienzuschlag				
Verheiratetenzuschlag	1.751,02 €	1.751,02 €	1.751,02 €	1.751,02 €
Kinderzuschlag 1. Kind	1.759,86 €	1.759,86 €	1.759,86 €	1.759,86 €
Kinderzuschlag 2. Kind	1.759,86 €	1.759,86 €	1.759,86 €	1.759,86 €
Kinderzuschlag 3. Kind		7.065,00 €	7.065,00 €	7.065,00 €
Kinderzuschlag 4. Kind			7.065,00 €	7.065,00 €
Kinderzuschlag 5. Kind				7.065,00 €
Bruttojahresbezug	153.839,90 €	160.904,90 €	167.969,90 €	175.034,90 €
BEG-Anteil PKV und PflegepflichtV (Monatsbetrag)	268,09 €	296,89 €	325,69 €	354,49 €
abzüglich				
Lohnsteuer StKl. 3	41.456,00 €	44.278,00 €	47.100,00 €	49.922,00 €
zuzüglich				
Inflationsausgleichszahlung	1.200,00 €	1.200,00 €	1.200,00 €	1.200,00 €
Nettojahresbezug aus Beamtenverhältnis	113.583,90 €	117.826,90 €	122.069,90 €	126.312,90 €
abzüglich				
Beiträge PKV und PflegepflichtV (Jahresbetrag)				
PKV	2.700,00 €	2.700,00 €	2.700,00 €	2.700,00 €
PKV Kinder	864,00 €	1.296,00 €	1.728,00 €	2.160,00 €
Pflegepflichtversicherung	365,88 €	365,88 €	365,88 €	365,88 €
Kostendämpfungspauschale	670,00 €	630,00 €	590,00 €	550,00 €
zuzüglich				
Kindergeld	6.000,00 €	9.000,00 €	12.000,00 €	15.000,00 €
verfügbares Netto	114.984,02 €	121.835,02 €	128.686,02 €	135.537,02 €
Nettomehrbetrag für hinzugekommenes Kind (Jahresbetrag)		6.851,00 €	6.851,00 €	6.851,00 €
Jahreszielbetrag (netto)		6.847,68 €	6.847,68 €	6.847,68 €

Für das Jahr 2025:

2025				
Median-Äquivalenzeinkommen				2.123,00 €
Jahresnettomehrbedarf ab dem 3. Kind				7.133,28 €
Besoldungsgruppe B 9				
	Ehepaar mit 2 Kindern	Ehepaar mit 3 Kindern	Ehepaar mit 4 Kindern	Ehepaar mit 5 Kindern
Grundgehalt	158.160,37 €	158.160,37 €	158.160,37 €	158.160,37 €
Familienzuschlag				
Verheiratetenzuschlag	1.911,66 €	1.911,66 €	1.911,66 €	1.911,66 €
Kinderzuschlag 1. Kind	1.921,34 €	1.921,34 €	1.921,34 €	1.921,34 €
Kinderzuschlag 2. Kind	1.921,34 €	1.921,34 €	1.921,34 €	1.921,34 €
Kinderzuschlag 3. Kind		7.470,00 €	7.470,00 €	7.470,00 €
Kinderzuschlag 4. Kind			7.470,00 €	7.470,00 €
Kinderzuschlag 5. Kind				7.470,00 €
Bruttojahresbezug	163.914,71 €	171.384,71 €	178.854,71 €	186.324,71 €
BEG-Anteil PKV und PflegepflichtV (Monatsbetrag)	277,18 €	306,49 €	335,80 €	365,10 €
abzüglich				
Lohnsteuer StKl. 3	45.090,00 €	48.080,00 €	51.070,00 €	54.060,00 €
Nettojahresbezug aus Beamtenverhältnis	118.824,71 €	123.304,71 €	127.784,71 €	132.264,71 €
abzüglich				
Beiträge PKV und PflegepflichtV (Jahresbetrag)				
PKV	2.748,00 €	2.748,00 €	2.748,00 €	2.748,00 €
PKV Kinder	888,00 €	1.332,00 €	1.776,00 €	2.220,00 €
Pflegepflichtversicherung	424,80 €	424,80 €	424,80 €	424,80 €
Kostendämpfungspauschale	670,00 €	630,00 €	590,00 €	550,00 €
zuzüglich				
Kindergeld	6.120,00 €	9.180,00 €	12.240,00 €	15.300,00 €
verfügbares Netto	120.213,91 €	127.349,91 €	134.485,91 €	141.621,91 €
Nettomehrbetrag für hinzugekommenes Kind (Jahresbetrag)		7.136,00 €	7.136,00 €	7.136,00 €
Jahreszielbetrag (netto)		7.133,28 €	7.133,28 €	7.133,28 €

Für das Jahr 2026 (Prognose):

2026				
Median-Äquivalenzeinkommen				2.183,00 €
Jahresnettomehrbedarf ab dem 3. Kind				7.334,88 €
Besoldungsgruppe B 9				
	Ehepaar mit 2 Kindern	Ehepaar mit 3 Kindern	Ehepaar mit 4 Kindern	Ehepaar mit 5 Kindern
Grundgehalt	162.186,33 €	162.186,33 €	162.186,33 €	162.186,33 €
Familienzuschlag				
Verheiratetenzuschlag	1.960,32 €	1.960,32 €	1.960,32 €	1.960,32 €
Kinderzuschlag 1. Kind	1.970,22 €	1.970,22 €	1.970,22 €	1.970,22 €
Kinderzuschlag 2. Kind	1.970,22 €	1.970,22 €	1.970,22 €	1.970,22 €
Kinderzuschlag 3. Kind		7.732,00 €	7.732,00 €	7.732,00 €
Kinderzuschlag 4. Kind			7.732,00 €	7.732,00 €
Kinderzuschlag 5. Kind				7.732,00 €
Bruttojahresbezug	168.087,09 €	175.819,09 €	183.551,09 €	191.283,09 €
BEG-Anteil PKV und PflegepflichtV (Monatsbetrag)	287,69 €	317,51 €	347,33 €	377,15 €
abzüglich				
Lohnsteuer StKl. 3	46.342,00 €	49.440,00 €	52.536,00 €	55.634,00 €
Nettojahresbezug aus Beamtenverhältnis	121.745,09 €	126.379,09 €	131.015,09 €	135.649,09 €
abzüglich				
Beiträge PKV und PflegepflichtV (Jahresbetrag)				
PKV	2.796,00 €	2.796,00 €	2.796,00 €	2.796,00 €
PKV Kinder	888,00 €	1.332,00 €	1.776,00 €	2.220,00 €
Pflegepflichtversicherung	499,80 €	499,80 €	499,80 €	499,80 €
Kostendämpfungspauschale	620,00 €	580,00 €	540,00 €	500,00 €
zuzüglich				
Kindergeld	6.216,00 €	9.324,00 €	12.432,00 €	15.540,00 €
verfügbares Netto	123.157,29 €	130,495,29 €	137.835,29 €	145,173,29 €
Nettomehrbetrag für hinzugekommenes Kind (Jahresbetrag)		7.338,00 €	7.340,00 €	7.338,00 €
Jahreszielbetrag (netto)		7.334,88 €	7.334,88 €	7.334,88 €

Für das Jahr 2027 (Prognose):

2027				
Median-Äquivalenzeinkommen				2.244,00 €
Jahresnettomehrbedarf ab dem 3. Kind				7.539,84 €
Besoldungsgruppe B 9				
	Ehepaar mit 2 Kindern	Ehepaar mit 3 Kindern	Ehepaar mit 4 Kindern	Ehepaar mit 5 Kindern
Grundgehalt	166.019,88 €	166.019,88 €	166.019,88 €	166.019,88 €
Familienzuschlag				
Verheiratetenzuschlag	2.006,66 €	2.006,66 €	2.006,66 €	2.006,66 €
Kinderzuschlag 1. Kind	2.016,82 €	2.016,82 €	2.016,82 €	2.016,82 €
Kinderzuschlag 2. Kind	2.016,82 €	2.016,82 €	2.016,82 €	2.016,82 €
Kinderzuschlag 3. Kind		8.100,00 €	8.100,00 €	8.100,00 €
Kinderzuschlag 4. Kind			8.100,00 €	8.100,00 €
Kinderzuschlag 5. Kind				8.100,00 €
Bruttojahresbezug	172.060,18 €	180.160,18 €	188.260,18 €	196.360,18 €
BEG-Anteil PKV und PflegepflichtV (Monatsbetrag)	299,75 €	330,04 €	360,34 €	390,63 €
abzüglich				
Lohnsteuer StKl. 3	47.950,00 €	51.200,00 €	54.448,00 €	57.698,00 €
Nettojahresbezug aus Beamtenverhältnis	124.110,18 €	128.960,18 €	133.812,18 €	138.662,18 €
abzüglich				
Beiträge PKV und PflegepflichtV (Jahresbetrag)				
PKV	2.844,00 €	2.844,00 €	2.844,00 €	2.844,00 €
PKV Kinder	912,00 €	1.368,00 €	1.824,00 €	2.280,00 €
Pflegepflichtversicherung	597,84 €	597,84 €	597,84 €	597,84 €
Kostendämpfungspauschale	520,00 €	480,00 €	440,00 €	400,00 €
zuzüglich				
Kindergeld	6.216,00 €	9.324,00 €	12.432,00 €	15.540,00 €
verfügbares Netto	125.452,34 €	132.994,34 €	140.538,34 €	148.080,34 €
Nettomehrbetrag für hinzugekommenes Kind (Jahresbetrag)		7.542,00 €	7.544,00 €	7.542,00 €
Jahreszielbetrag (netto)		7.539,84 €	7.539,84 €	7.539,84 €

4.3 Zusammenfassung

Nach den neuen Berechnungsgrundlagen ergeben sich gemäß Nummer 4.2 von den bisher im Saarländischen Besoldungsgesetz festgeschriebenen Zahlen abweichende Beträge. § 13 Absatz 1 SBesG findet Anwendung.

5. Ergebnis

Die Besoldung im Saarland erfüllt unter Berücksichtigung der in dem vorliegenden Gesetzentwurf enthaltenen Regelungen in den Jahren 2023 bis 2025 und prognostisch in den Jahren 2026 und 2027 die sich aus Artikel 33 Absatz 5 GG ergebenden verfassungsrechtlichen Anforderungen an eine amtsangemessene Alimentation.

Die Einhaltung der verfassungsrechtlichen Vorgaben für eine amtsangemessene Alimentation wird in künftigen Jahren auf der Grundlage der dann vorliegenden Rahmenbedingungen regelmäßig neu zu beurteilen sein.

Zu Artikel 11

Im Rahmen des vorliegenden Gesetzentwurfs, der die Umsetzung der Rechtsprechung des BVerfG zur amtsangemessenen Beamtenalimentation im Saarland zum Inhalt hat, wird die bislang die Beamtenbesoldung prägende Bezugsgröße der Allein-Verdiener-Familie, die im Hinblick auf die in den letzten Jahrzehnten erfolgten gesellschaftlichen und rechtlichen Veränderungen nicht mehr der Lebenswirklichkeit entspricht, zugunsten des Familienbildes einer Zwei-Verdiener-Familie aufgegeben. Hierbei wird in pauschalierender Weise angenommen, dass die Ehegattin oder der Ehegatte der Beamtin oder des Beamten mit selbst erzieltem Erwerbseinkommen mindestens in Höhe der Hälfte des statistisch ermittelten Median-Äquivalenzeinkommens zum Familienunterhalt beiträgt.

Für Fallkonstellationen, in denen z.B. aufgrund familiärer Pflegeverpflichtungen, der Erziehung kleiner Kinder oder körperlicher Einschränkungen von der Ehegattin oder dem Ehegatten der Beamtin oder des Beamten eine Erwerbstätigkeit nicht vorausgesetzt werden kann, ist unter Fürsorgegesichtspunkten die Gewährung eines fürsorgerechtlichen Zuschlags angezeigt. So soll verhindert werden, dass der Beamte und seine Familie unverschuldet einer möglichen Prekarität ausgesetzt werden.

Mit der vorgesehenen Regelung in dem neuen § 71a des Saarländischen Beamtengesetzes wird eine Rechtsgrundlage für eine entsprechende Zuschlagsregelung geschaffen. Die Regelung beschränkt sich darauf, die Fälle, in denen ein Anspruch auf einen Zuschlag gegeben sein kann, enumerativ zu nennen und das Verfahren zur Ermittlung der Höhe des Ergänzungszuschlags zu skizzieren. Die nähere Ausgestaltung der Berechnung, der Zuständigkeiten und des Verfahrens bei der Gewährung des Zuschlags werden im Rahmen einer Verordnungsermächtigung auf die Landesregierung übertragen.

Zu Artikel 12

Nach § 38 Absatz 1 Satz 4 des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes nehmen die Beträge des Unfallausgleichs an der Anpassung nach § 83 Absatz 1 des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes teil.

Die mit Gesetz zur Neuregelung und Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom 17. Oktober 2023 (Amtsbl. I S. 1078) zum 1. Januar 2024 in das Saarländische Beamtenversorgungsgesetz aufgenommen Beträge des Unfallausgleichs werden aufgrund von Artikel 1 § 4 dieses Gesetzes zum 1. Januar 2024 um 0,5 Prozent erhöht.

Zu Artikel 13 bis 15

Es handelt sich um Folgeänderungen infolge der Fortschreibung der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen 2024, 2025 und 2026.

Zu Artikel 16

Zum 1. Januar 2027 erfolgt eine weitere Erhöhung der Beträge des Unfallausgleichs um 3,6 Prozent. Hierdurch nehmen auch die Beträge des Unfallausgleichs an den Erhöhungen nach diesen Gesetz teil.

Zu Artikel 17 und 18

Es handelt sich um Folgeänderungen infolge der Fortschreibung der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen 2027 und 2028.

Zu Artikel 19

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.